

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

1. Sitzung des Stadtrats

14.03.2024, 19:00 – 22:00 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsident	Dörig Stefan, GLP	
1. Vizepräsident	Rubin Michael, Grüne	
2. Vizepräsident	Zahnd François, FDP	
Stimmzählerin	Meier Svenja, SVP	
Stimmzähler	Cura Sacha, SP	
Mitglieder	Aellig Jessica, FDP	
	Baumann Markus, SVP	
	Blösch Paul, EVP	
	Dancet René, GLP	
	Fischer Martin, FDP	
	Gabathuler Leander, SVP	
	Grob Oliver, SVP	
	Induni Paolo, Grüne	
	Kuby Hannah, Grüne	Kallen Noemi, SP
	Ledermann Philipp, GLP	
	Liechti Hugo, SP	
	Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP	
	Meier Christoph, Grüne	
	Meier Hans Peter, FDP	Münger Tamara, Mitte
	Oehme Marlene, EVP	
	Pauli Pauline, PRR	
	Peter Luzius, SP	
	Ruef Catherine, SP	
	Schwab Martin, SP	
	Soder Tobias, GLP	
	Stampfli Christian, FDP	
	Stampfli Monika, GLP	
	Von Aesch Dominik, SP	
Der Stadtrat ist beschlussfähig.		

Gemeinderat	Hess Sandra Cattaruzza Beat Evard Amélie Friedli Sandra Lutz Roland Schweizer Joel	Egger Tobias
Sekretär Protokollführerin	Ochsenbein Stephan Jennings Manuela	
Technik/Planton	Leyvraz Frederik	
Verwaltung	Hauri Christian Jaggi Lukas Rhiner Dominik Schmid Stefan Steuri Anna Weber Patrick	

5 **Traktanden**

01. Protokoll Nr. 4. Vom 16. November 2023 – Genehmigung
02. Aufsichtskommission - Ersatzwahl
03. Einbürgerungskommission - Ersatzwahl
04. Interkommunale Kommission «AGGLOlac» – Ersatzwahl
05. Bericht der Aufsichtskommission 2023 – Kenntnisnahme
06. Übernahme AHV-Aufgaben von Twann-Tüscherz und Ligerz
07. Fundamentunterfangung/Teilsanierung Mittelstrasse 3, Spritzenhaus – Investitionskredit
08. Zone mit Planungspflicht Nr. 5 Bahnhofgebiet – nächste Schritte
09. Buslinie 4 – Berichterstattung
10. Fahrende - umwelttechnische und arbeitsrechtliche Kontrollen - Berichterstattung
11. I 144 finanzielle Risiken im Zusammenhang mit dem Verteilnetz Nidau
12. I 145 Verwaltung Bootsplätze und Abbruch Schloss-Strasse 21

Verhandlungen

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Liebe Stadtpräsidentin, Mitglieder des Gemeinderats, Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebes Publikum hier bei uns und zu Hause. Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Stadtratssitzung von diesem Jahr. Es verspricht ein spannendes, aber auch herausforderndes Jahr zu werden. Gleich mehrere gewichtige Dossiers warten auf uns. Es sind wegweisende Entscheidungen zu fällen, zum Beispiel bei den Finanzen oder bei der Stromversorgung und auch die Zwischennutzung dürfte für Gesprächsstoff sorgen. Für mich ist es heute die erste Sitzung in der neuen Funktion. Ich danke Ihnen für das grosse Vertrauen, ich hoffe dem gerecht zu werden und freue mich auf die Herausforderung, gemeinsam mit meinen Vizekollegen, Michael Rubin und François Zahnd sowie Manuela Jennings, die eigentlich auch Teil des Teams ist. Ich weiss nicht, wie es Ihnen jeweils ergeht, ich freue mich immer auf die Stadtratssitzungen. Ich freue mich, Sie zu sehen, ich freue mich auf die sachlichen Auseinandersetzungen, auf die politischen Ränkespiele, beinahe immer mit dem nötigen Respekt geführt und in der angemessenen Tonlage. Ich fühle mich privilegiert, Teil dieses Parlaments zu sein, ich fühle mich privilegiert, Teil eines einzigartigen politischen Systems hier in der Schweiz zu sein, in dem wir alle Verantwortung übernehmen können und mitentscheiden können. Ich bin darum gerne bereit, viel Zeit und auch viel Herzblut zu investieren. Ich möchte in meinem Präsidialjahr versuchen, dieses Herzblut, diese Freude, diese Lust am Politisieren auch an andere weiterzugeben. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Stadtratsbüros sind wir deshalb daran, erste Pläne zu schmieden und erste Projekte aufzugleisen.

Aber zuerst möchte ich hier in dieser Runde zwei neue Gesichter begrüssen. Wir haben zu meiner rechten Seite Catherine Ruef von der SP. Sie rückt für Daniel Weibel nach. Herzlich Willkommen. Zu meiner linken Seite haben wir Christian Stampfli. Auf den letzten Drücker vom Gemeinderat bestätigt. Christian Stampfli ist von der FDP und er rückt für Thomas Spycher nach. Herzlich Willkommen.

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung Tamara Münger und Noemi Kallen. Ebenfalls entschuldigt ist Gemeinderat Tobias Egger, er wird von seinem Gemeinderatskollegen Beat Cattaruzza vertreten. Der Stadtrat startet also fast mit Vollbesetzung ins neue Jahr. Ich zähle 28 anwesende Mitglieder. Gemäss Artikel 17 unserer neuen Geschäftsordnung, obliegt es den Stimmzählenden festzustellen, wie viele Mitglieder des Stadtrats anwesend sind. Können Sie die Anwesenheit von 28 Mitgliedern mit Kopfnicken bestätigen? Das ist bestätigt. Danke, der Rat ist damit beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen. Die 2/3 Mehrheit beträgt 19 Stimmen. Wir kommen zur Diskussion von aktuellen Fragen. Wünscht jemand aus der Ratsmitte die Diskussion einer Angelegenheit, welche nicht traktandiert ist? Dies ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Es liegt mir eine Fraktionserklärung vor von der Grünliberalen Fraktion. Ich erinnere daran, es findet danach keine Diskussion statt. Aber die anderen Fraktionen dürfen durch ihre Fraktionspräsidien Stellung nehmen. Für die Fraktionserklärung der Grünliberalen bitte ich Stadtrat Tobias Soder ans Rednerpult.

GLP-Fraktion, Tobias Soder: Werte Stadtpräsidentin, werter Stadtratspräsident, werte Mitglieder des Gemeinde- und Stadtrats, werte Gäste. Die GLP möchte sich heute zur Zukunft der Stromversorgung in Nidau äussern. Wir bedanken uns auf diesem Weg für die Informationsveranstaltungen und die Bereitschaft des Gemeinderats zu einer offenen Diskussion über ein für Nidau absolut zentrales Thema. Die Frage ist, haben wir in Nidau und die hier angesiedelten Unternehmen in absehbarer Zukunft genügend Strom zum Heizen, Autofahren und für die Arbeit und das

zu einem angemessenen Preis? Wir sind zum Teil beunruhigt über das, was wir bei den Informationsveranstaltungen gehört haben. Es kommen enorme Herausforderungen in der Stromversorgung auf uns zu, darauf ist man offensichtlich nicht vorbereitet. Schlimmer noch, es werden keine Anstrengungen unternommen, sich darauf vorzubereiten. Vom Geschäftsführer der EV Nidau hörten wir, dass alles in bester Ordnung sei. Professionelle Berater, die Nidau im Prozess begleiten, kommen jedoch zu einem anderen Schluss als der Geschäftsführer der EV Nidau. Wir haben von ihnen gehört, es gebe ein Investitionsstau und unsere Netze verfallen. Auf die Frage, wie diese Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden sollen, gab es keine Antwort vom Geschäftsführer der EV Nidau. Es fehlt eine Strategie. Dazu kommt, dass in der Vergangenheit offensichtlich schlecht gewirtschaftet wurde. Die Aufbesserung der Stadtfinanzen über eine hohe Stromabgabe scheint sogar illegal zu sein. Die Illusion von der EV als Goldesel für Nidau, muss nach diesen Erkenntnissen wohl endgültig begraben werden. Der Gemeinderat hat sich zu diesen Unstimmigkeiten und Missständen bisher noch nicht geäußert. Wir gehen aber davon aus, dass auch er sich nicht ganz wohl fühlt. Der GLP scheint dies eine gute Gelegenheit zu sein, eine grundsätzliche, sachliche und politische Diskussion darüber zu führen, wie wir in Nidau unsere Stromversorgung sicherstellen und die Stadt vor finanziellen Risiken schützen wollen. Wir schlagen daher vor, eine beratende Begleitgruppe aus Mitgliedern des Stadtrats zu bilden, wie dies für die Finanzstrategie der Fall war. Ziel wäre es, bis im Herbst 2024 einen fundierten Entscheid über die Zukunft unserer EV zu fällen. Wir sind es den Einwohnenden und dem Gewerbe von Nidau schuldig, uns dieser Diskussion zu stellen. Es geht um einen elementaren Bestandteil unserer Standortattraktivität und um grosse finanzielle Risiken. Die GLP würde sich freuen, wenn der Gemeinderat dies zügig in Angriff nehmen würde. Danke.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Tobias Soder. Gibt es Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann gehen wir über zu den ordentlichen Traktanden. Die Traktandenliste wurde fristgerecht am 28. Februar 2024 publiziert.

1. Protokoll der 4. Sitzung vom 16. November 2023 - Genehmigung

Ressort	Präsidiales
Sitzung	14.03.2024

nid 0.1.6.1 / 28

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Das erste Traktandum ist das Protokoll der letzten Sitzung vom 16. November 2023. Innerhalb der Frist sind keine Änderungsanträge eingegangen. Wir schreiten daher gleich zur Abstimmung. Das absolute Mehr beträgt natürlich 15 Stimmen und nicht 14 Stimmen, wie mich mein zweiter Vizepräsident François Zahnd korrekterweise darauf hingewiesen hat.

85 Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig bei drei Enthaltungen:

1. Das Protokoll der 4. Sitzung vom 16. November 2023 wird genehmigt.

2. Aufsichtskommission – Ersatzwahl

Ressort	Präsidiales
Sitzung	14.03.2024

nid 0.1.6.0 / 10

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zum zweiten Traktandum und damit zu den Wahlgeschäften. Wir beginnen mit der Aufsichtskommission. Tamara Münger von der Mitte ist per 2023 aus der Aufsichtskommission ausgetreten und wir wählen deshalb ein neues Mitglied. Aus der Ratsmitte ist mir ein Vorschlag bekannt, und zwar schlägt die Bürgerliche Fraktion François Zahnd zur Wahl vor. Gibt es weitere Vorschläge? Dies scheint nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig bei einer Enthaltung gestützt auf Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung:

1. Als Mitglied der Aufsichtskommission wird gewählt: François Zahnd.
2. Die Amtsdauer läuft vom 14. März 2024 bis am 31. Dezember 2025.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Herzliche Gratulation zur Wahl.

3. Einbürgerungskommission – Ersatzwahl

Ressort
Sitzung

Präsidiales
14. März 2024

105 nid 0.1.8.4 / 1

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zum dritten Traktandum - Einbürgerungskommission. Auch hier steht eine Ersatzwahl an. Durch den Rücktritt von Lukas Hafner der FDP per 15. November 2023 wird ein Sitz frei. Die Bürgerliche Fraktion schlägt Jessica Aellig als Ersatz vor. Gibt es weitere Vorschläge? Bitte Pauline Pauli.

Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli: Werter Stadtratspräsident, Frau Stadtpräsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen. Aus beruflichen Gründen muss Jessica Aellig ihre Kandidatur zurückziehen. Die Bürgerliche Fraktion schlägt an ihrer Stelle Tamara Münger vor.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Auf dem Tisch liegt somit die Kandidatur von Tamara Münger von der Bürgerlichen Fraktion. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten somit zur Wahl.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung in Verbindung mit Artikel 101 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Als Mitglied der Einbürgerungskommission wird gewählt: Tamara Münger.
2. Die Amtsdauer läuft vom 14. März 2024 bis am 31. Dezember 2025.

125

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: In absentia, herzliche Gratulation.

4. Interkommunale Kommission «AGGLOlac» – Ersatzwahl

Ressort
Sitzung

Präsidiales
14.03.2024

nid 0.1.6.0 / 10.4

130 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Aller guter Dinge sind drei. Eine Ersatzwahl der Interkommunalen Kommission AGGLOlac steht an unter Traktandum vier. Hier ergibt sich durch den Wegzug von Kenneth Graf von der FDP einen freien Sitz in dieser Kommission. Als Ersatz schlägt die Bürgerliche Fraktion François Zahnd vor. Gibt es weitere Vorschläge? Dem ist nicht so. Wir schreiben zur Wahl.

Stadtratsbeschluss

135 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig bei einer Enthaltung gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe c der Stadtordnung sowie Artikel 3 der Geschäftsordnung der Interkommunalen Kommission «AGGLOlac»:

1. Als Mitglied der Interkommunalen Kommission «AGGLOlac» wird gewählt: François Zahnd
- 140 2. Die Amtsdauer dauert vom 14. März 2024 bis zum 31. Dezember 2025, unter Vorbehalt von Artikel 2 der Geschäftsordnung der Interkommunalen Kommission «AGGLOlac».

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Herzliche Gratulation zur Wahl.

5. Bericht der Aufsichtskommission 2023 – Kenntnisnahme

Ressort
Sitzung

Präsidiales
14.03.2024

nid 0.1.8.3 / 6

145

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen damit zu den Sachgeschäften und beginnen mit dem Traktandum fünf, dem Bericht der Aufsichtskommission. Es handelt sich hier nur um eine Kenntnisnahme, es erfolgt also keine Abstimmung. Ich gehe davon aus, dass das Eintreten unbestritten ist und erteile das Wort gleich dem Vertreter der Aufsichtskommission, René Dancet. Er wird uns die wichtigsten Punkte des Jahresberichts präsentieren. Danach ist das Rednerpult frei für Fragen oder Wortmeldungen aus der Ratsmitte.

Sprecher Aufsichtskommission, René Dancet: Guten Abend. Ich spreche als Vertreter der Präsidentin der Aufsichtskommission des Berichtsjahrs, Tamara Münger, zu diesem Traktandum.

155 Der Stadtrat nimmt heute den Bericht der Aufsichtskommission zur Kenntnis und ich möchte die Gelegenheit gerne nutzen, mich erstens bei den beteiligten Gemeinderatsmitgliedern und bei den Vertretenden der Stadtverwaltung zu bedanken. Wir führten einige intensive Austauschgespräche, sehr aufschlussreich, und dafür möchte ich mich im Namen der Aufsichtskommission bedanken. Ich möchte gerne noch auf drei Punkte, die im Bericht erwähnt sind, kurz eingehen. Punkt

160 eins, wir haben uns mit den externen Beratungskosten auseinandergesetzt und wir haben dort einen Wunsch eingebracht. Das ist eine schwache Form, aber der Wunsch ist, den Beratungsaufwand zukünftig separat auszuweisen. Wir haben einen grossen Aufwand betrieben in der Aufsichtskommission, eine lange Excelliste anschauen dürfen, und uns darüber unterhalten, ob einzelne Detailpositionen als Beratungsaufwand gelten oder nicht. Wir sind zum Schluss gekommen,

165 es würde der Transparenz helfen, die Beratungsleistungen separat auszuweisen. Zweiter Punkt ist, dass wir uns intensiv mit der Digitalstrategie - einem umfassenden Thema - befassten. Wir haben dort einen interessanten Einblick erhalten und wir dürfen hier sagen, dass wir keine Massnahmen oder Wünsche eingefordert haben. Wir haben das angeschaut und fanden es eine gute Sache, auch wenn wir als Aufsichtskommission am Limit sind bei der Beurteilung dieser Frage.

170 Das dritte Thema war die Energieversorgung, die wir im Rahmen der Datenschutz- und Verwaltungskontrolle betrachteten. Dort haben wir einen Punkt, der uns aufgefallen ist und den wir hier erwähnen möchten. Wir haben festgestellt, dass gemäss Finanzplan, in den Jahren 2025 bis

2027, also in drei Jahren nach dem laufenden Jahr, keine Investitionen für die Energieversorgung von Nidau geplant sind. Die Aufsichtskommission erachtet das als kritisch und wir sehen ein Risiko eines Investitionsstaus. Wir haben daraus eine Empfehlung abgegeben, nämlich dass das Planungsjahr der Elektrizitätsversorgung, der Investitionen, was heute auf zwei Jahre läuft, verlängert oder angepasst wird auf die Dauer der Finanzplanung. Das heisst, dass wir im Finanzplan nicht zwei Jahre Kosten und Investitionen haben und dann Null, sondern dass man dort die ganze Planung parallel zur Finanzplanung macht. Das sind die drei Punkte, die ich hier erwähnen wollte. Noch einmal besten Dank für das Mitmachen an die Gemeinderatsmitglieder und die Stadtverwaltung. Das wäre es von der Seite der Aufsichtskommission.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank René Dancet. Gibt es Fragen oder Wortmeldungen zum Bericht? Das ist nicht der Fall. In dem Fall danke an die Aufsichtskommission und allen weiteren Beteiligten für den Bericht.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Artikel 47 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 21. September 2023:

1. Der Jahresbericht 2023 der Aufsichtskommission wird zur Kenntnis genommen.

6. Übernahme AHV-Aufgaben von Twann-Tüscherz und Ligerz

Ressort
Sitzung

Soziales
14.03.2024

nid 0.6.3.3 / 2.3

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir schreiten zum sechsten Traktandum - Übernahme der AHV-Aufgaben von Twann-Tüscherz und Ligerz. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat, Roland Lutz.

Ressortvorsteher Soziales, Roland Lutz: Guten Abend, Herr Präsident, werte Anwesende. Ich begrüsse Sie auch von meiner Seite recht herzlich. Ein Personalgeschäft und erst noch eine Personalaufstockung, das kann ich aus Erfahrung sagen, das schätzt der Stadtrat nicht sonderlich. Und trotzdem, liebe Stadträtinnen und Stadträte, darf ich Ihnen heute Abend dieses Geschäft vorlegen. Ergänzend zum Antrag des Gemeinderats möchte ich Ihnen einige Erklärungen dazu abgeben. Die Sozialen Dienste haben im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit früh angefangen, Dienste von anderen Gemeinden zu übernehmen. Vor über 20 Jahren von der Gemeinde Port die Sozialen Dienste, den Kinds- und Erwachsenenschutz sowie das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen. Ich muss sagen, mit einem sehr guten Erfolg. Die Sozialen Dienste der Stadt Nidau gelten als guter und verlässlicher Partner für die anderen Gemeinden. Eine weitere Zusammenarbeit ist vor einigen Jahren hinzugekommen. Da haben wir angefangen, mit den Gemeinden Twann-Tüscherz und Ligerz zu diskutieren. Heute erledigen wir die Dienste für diese zwei Gemeinden sehr erfolgreich und gut. Jüngst ist die Frage der AHV dazugekommen, Sie konnten es im Antrag lesen. Die Schnittstellen waren bisher etwas umständlich. Die beiden Gemeinden Twann-Tüscherz und Ligerz haben sich deshalb entschieden, unser Angebot anzunehmen. Twann-Tüscherz musste mit der Stadt Biel eine Kündigungsfrist von einem Jahr einhalten, aber auch hier sind wir auf gutem Weg. Diese beiden Verträge haben Auswirkungen auf den Stellenplan und deswegen komme ich heute Abend zu Ihnen. Wir müssen den Stellenplan bei der AHV-Zweigstelle von 180 Stellenprozent auf

200 Stellenprozent erhöhen. Dies kann mit dem bestehenden Personal erfolgen und es braucht keine neuen Büros und keine zusätzliche Infrastruktur.

Die ganze Kalkulation basiert auf einer aktuellen Arbeitsplatzbewertung, die im Jahr 2023 vorgenommen wurde. Mit diesem Geschäft möchte ich Sie um die Zusage von diesen zusätzlichen 20 Stellenprozent bitten.

Die Kosten dieser Leistung von 20 Prozent, das ist sehr wichtig, werden von diesen beiden Gemeinden übernommen. Also Nidau wird im vollen Rahmen für die 20 Stellenprozente vergütet. Wir haben sogar einen kleinen Teil Infrastrukturkosten zusätzlich und auch einen Beitrag an die Managementkosten. Das heisst, dass die 20 Prozent in vollem Umfang vergütet werden. Ich bitte Sie, diese 20 Prozent Personalaufstockung anzunehmen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis und für Ihre Zustimmung.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke für die Ausführungen Roland Lutz. Ich bitte Pauline Pauli für die Geschäftsprüfungskommission ans Rednerpult. Wir werden anschliessend die Fraktionen hören.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Danke Herr Präsident. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, dieses Geschäft zu behandeln. Sie hat zwei Präzisierungen. Die erste betrifft die Kündigungsfrist mit der Stadt Biel, wie es ausgeführt wurde. Es gibt also eine Frist von einem Jahr, darum musste die Gemeinde Twann den Vertrag bereits kündigen. Und das Zweite ist daran zu erinnern, dass die Kosten durch die Vergütung gedeckt sind.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Pauline Pauli. Ich bitte den Sprecher der SVP-Fraktion, Markus Baumann.

SVP-Fraktion, Markus Baumann: Guten Abend liebe Anwesende hier im Saal und zu Hause. Die Erhöhung von heute 180 auf 200 Stellenprozent in der AHV-Zweigstelle Nidau macht Sinn. Die 5 Prozent für die Gemeinde Ligerz und 15 Prozent für die Gemeinde Twann-Tüscherz ab dem Jahr 2025 für die Übernahme der AHV-Zweigstelle sind in unseren Augen durchaus sinnvoll. Die Kosten werden gedeckt durch unsere Partnergemeinden. Die Schnittstellen werden verringert, was sicher zu einer einfacheren und besseren Kommunikation führen wird. Wir werden diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Markus Baumann. Die Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Jessica Aellig.

Bürgerliche Fraktion, Jessica Aellig: Guten Abend. Für eine effiziente spannende Arbeit unserer Fachkräfte und Weiterführung der schon bestehenden Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, stimmt die Bürgerliche Fraktion diesem Geschäft einstimmig zu.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grünliberale Fraktion hören wir Monika Stampfli.

GLP-Fraktion, Monika Stampfli: Lieber Stadtratspräsident, liebe Stadtpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gäste hier und zu Hause. Die GLP-Fraktion unterstützt grundsätzlich Fusionen von Gemeinden oder Fusionen von Dienstleistungen von Gemeinden zu Gunsten einer Professionalisierung und Kostenoptimierung. Im Rahmen des Antrags um die Erhöhung des Stellenetats der AHV-Zweigstelle Nidau scheinen genau diese zwei Punkte einzutreffen, Professionalisierung

und Kostenoptimierung. Während der Fraktionsberatung haben wir uns gefragt, wie wohl die Strategie des Gemeinderats in Bezug auf einen weiteren Ausbau der AHV-Zweigstelle Nidau und auf das Dienstleistungsangebot für andere Gemeinden aussieht. Wir haben uns gefragt, wie wohl die ideale Grösse einer gemeindeübergreifenden AHV-Zweigstelle aussieht. Sind 200 Stellenprozent das Gelbe vom Ei? Oder wäre die optimale Grösse zur finalen Kostenoptimierung und Steigerung der Professionalisierung sogar eine andere? Und falls ja, wie könnte man die erreichen? Durch weitere Integration von anderen Gemeinden oder wäre längerfristig - mit dem Risiko, dass wir uns hier unbeliebt machen - nicht sogar eine Auslagerung der AHV-Zweigstelle Nidau angebrachter? Die Fraktion der Grünliberalen stimmt diesem Antrag um die Erhöhung des Stellenetats der AHV-Zweigstelle Nidau um 20 Prozent zu.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Der Sprecher der Fraktion Grüne/EVP, Paulo Induni.

Fraktion Grüne/EVP, Paulo Induni: Sehr geehrte Damen und Herren. Die Fraktion Grüne/EVP unterstützt diesen für die Stadt Nidau sinnvollen Antrag einstimmig.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die SP-Fraktion hören wir Martin Schwab.

SP-Fraktion, Martin Schwab: Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, geschätzte Anwesende. Die SP-Fraktion wird diesem Geschäft einstimmig zustimmen, da es sinnvoll und effizient ist. Wir möchten aber bemerken, dass die Qualität in Zukunft nicht darunter leiden sollte und wären froh, eine Roadmap für die künftige Entwicklung zu haben, wie Monika Stampfli es bereits erwähnt hat.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Martin Schwab. Die Diskussion ist offen, wünscht jemand das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der zuständige Gemeinderat das Schlusswort? Auch das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe i der Stadtordnung:

1. Der Stadtrat genehmigt zur Übernahme der AHV-Aufgaben der Gemeinden Twann-Tüscherz und Ligerz eine Erhöhung der Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen um 20 Prozent.
2. Er nimmt zur Kenntnis, dass der Ertrag aus den Beiträgen der beiden Gemeinden für diese Übernahmen den Mehraufwand für die zusätzlich erforderlichen Stellenprozent vollumfänglich deckt und insofern übersteigt als auch ein angemessener Betrag zur Deckung von Management- und Infrastrukturkosten resultiert.

7. Fundamentunterfangung/Teilsanierung Mittelstrasse 3, Spritzenhaus - Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Hochbau
14.03.2024

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum sieben - Investitionskredit für das Spritzenhaus. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir haben die schön illustrierten Unterlagen erhalten für die Erläuterungen. Ich übergebe das Wort an den zuständigen Gemeinderat, Joel Schweizer.

Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer: Guten Abend. Wir sind in Nidau nicht mit stabilem Boden gesegnet und da erleben unsere Gebäude bewegte Zeiten, die Spuren hinterlassen. So auch beim ehemaligen Schlachthaus, dem Spritzenhaus. Mit der Neugestaltung der Mittelstrasse drängt es sich auf, dass die Unterfangung des Spritzenhauses gleichzeitig ausgeführt wird, so dass wir nicht von einer Baustelle in die nächste rutschen. Ich denke, das dürfte auch verhältnismässig unbestritten sein. Was für Diskussionen sorgen dürfte, ist die Frage des Fernwärmeanschlusses. Wenn das Spritzenhaus wie bis anhin genutzt werden soll, dann brauchen wir eigentlich keine Heizung und keinen Fernwärmeanschluss. Möchte wir dort aber zukünftig über das Jahr hindurch Anlässe durchführen, ohne zu frieren, dann braucht das Gebäude eine Innenauffrischung mit Isolation, einem Betriebskonzept und sinnvollerweise auch mit einer Heizung. Das würde ziemlich kosten und das Aufgleisen viel Zeit beanspruchen. Da aber die Mittelstrasse jetzt aufgerissen wird, ist die Entscheidung für einen Heizungsanschluss jetzt zu treffen. Der neugestaltete Stadtplatz in ein paar Jahren wieder aufzureissen, weil man dann eben doch eine Heizung möchte, ist nicht opportun. Es ist noch die Frage aufgekommen, was die Gründe für die Anschlusspflicht bei der Fernwärme innert drei Jahren sind. Wenn das Wasser reinkommt, dann muss es gebraucht werden und geht dann wieder etwas kühler zurück in die Leitung. Sprich, wenn wir dort die gleiche Temperatur wieder zurückschicken, dann ist das nicht gut für die Wärmepumpen. Darum verlangt die EVB AG diese Anschlusspflicht innert drei Jahren, was sinnvoll ist. Ich bin gespannt auf die Diskussion.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Joel Schweizer. Für die Geschäftsprüfungskommission übergebe ich das Wort an Paul Blösch.

Sprecher GPK, Paul Blösch: Guten Abend. Unser Spritzenhaus braucht eine zünftige Finanzspritze. Und zwar in Form von stützenden Fundamenten. Die GPK hat die Unterlagen zu diesem Geschäft geprüft und beurteilt sie als ausführlich und aussagekräftig. Einzig im Text auf Seite 7, vielleicht haben Sie es auch gesehen, dort hat es einen Fehler. Zwar sollte unter dem Punkt personelle Auswirkungen stehen, keine Auswirkungen auf den Stellenplan. Die GPK hat sich zudem an der Tatsache gestört, dass die Kosten nicht im Finanzplan enthalten sind, obschon die Dringlichkeit dieses Geschäfts schon bekannt war, als man den Finanzplan erstellt hat. Auch bedauert die GPK, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Antwort der Kirchgemeinde vorliegt, ob sie sich an diesem allfälligen Anschluss an die Fernwärme beteiligen wollen oder nicht. Zur Thematik Fernwärmeanschluss stellt die GPK fest, dass zwar Angaben über allfällige Folgekosten fehlen, dass aber die Informationen zum aktuellen Geschäft vollständig sind. Die Beurteilung, ob ein Fernwärmeanschluss für das Spritzenhaus sinnvoll ist oder nicht, liegt nicht im Prüfungsbereich der GPK. Das überlassen wir den politischen Diskussionen hier im Rat. Die GPK übergibt darum das Geschäft dem Stadtrat zur Behandlung.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Paul Blösch. Wir hören den Sprecher der Fraktion Grüne/EVP, Christoph Meier.

Fraktion Grüne/EVP, Christoph Meier: Guten Abend. Dass das Spritzenhaus saniert werden muss, ist bei der Fraktion Grüne/EVP unbestritten. Wir sind dafür und unterstützen diesen Antrag

mit einer Ausnahme. Die Fraktion Grüne/EVP stellt den Antrag, den Fernwärmeanschluss EVB ersatzlos zu streichen. Der Gesamtkredit verringert sich dadurch um 11 891 Franken.

355 Begründung: Mit dem Anschluss würde sich die Gemeinde verpflichten, das Gebäude innerhalb von drei Jahren ans Fernwärmenetz anzuschliessen. Die damit verbundenen Kosten für die wärmetechnische Sanierung unter Berücksichtigung der historischen Bausubstanz sind nicht abschätzbar. Das Spritzenhaus wird von verschiedenen Gruppen sehr divers genutzt. Das Gebäude hat durch die grossen Tore den Charakter eines dem Marktplatz zugewandten Unterstandes. Der Charme des Spritzenhauses würde mit einer Beheizung und den daraus erwachsenden Folgen
360 verloren gehen.

Sollte dieser Fernwärmeanschluss gestrichen werden, stimmt die Fraktion Grüne/EVP einstimmig für diese Sanierung, so dass das Spritzenhaus in seinem heutigen Charakter beibehalten werden kann.

365 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Christoph Meier. Für die Bürgerliche Fraktion hören wir Hans Peter Meier.

Bürgerliche Fraktion, Hans Peter Meier: Guten Abend liebe Anwesende. Wir haben das Geschäft ebenfalls eingehend diskutiert und kommen zu folgenden Schlüssen: Das Spritzenhaus
370 Nidau ist ein charmantes und ein historisch wertvolles Gebäude im Zentrum unserer Gemeinde und verdient es, erhalten und gepflegt zu werden. Dass es inzwischen auch von der IG Stadtleben genutzt wird, haben wir alle gemerkt. Es finden schöne belebende Anlässe statt, die das Anliegen unterstreichen. Wir stimmen dieser Sanierung grundsätzlich zu, möchten aber ebenfalls die Kosten dieses Fernwärmeanschlusses ersatzlos streichen, weil sie vor allem technisch auch keinen
375 Sinn machen und man die Menge an Wärme gar nicht abnehmen kann, die in den Grundgebühren drin sind. Zum technischen Element wird sich von der Bürgerlichen Fraktion Martin Fischer noch äussern. Der Kredit würde sich dadurch um 11 891 Franken verringern und mit dieser Streichung würden wir auch von unserer Seite diesem Antrag zustimmen.

380 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Hans Peter Meier. Für die SP-Fraktion, Kathy Lützel-schwab.

SP-Fraktion, Kathleen Lützel-schwab: Guten Abend. Ich glaube, uns allen ging es etwa gleich. Erste Bemerkung: Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Unterfangung, das war unbestritten. Der
385 Rest ist nicht so klar, aber wie ich höre, bei den anderen Fraktionen auch nicht. Wir sind sehr froh über diesen Änderungsantrag der Fraktion Grüne/EVP. Das Geschäft hat uns lange beschäftigt, sehr lange und dann noch länger. Wir haben abgestimmt, weiter diskutiert und noch einmal abgestimmt. Am Schluss waren wir dann doch nicht ganz glücklich. Wir haben es uns nicht leicht gemacht mit diesem Geschäft. Aber wir fanden auch, dass das Geschäft nicht leicht ist. Es hatte für
390 uns einfach zu viele offene Fragen und Unklarheiten, die uns im Moment noch niemand beantworten konnte. Eben zum Beispiel, wenn wir die Fernwärme anschliessen, dann muss man ja das Haus isolieren, was kommen da für Kosten auf uns zu? Das ist wahrscheinlich eine grössere Sache. Wie hoch wäre die Konventionalstrafe, falls man dann doch nicht anschliesst? Und man hätte diese Rohre, die Anschlusspflicht innert drei Jahren, das hiesse, man müsste isolieren. Dann hatten wir auch keine Antwort der Kirchgemeinde, ob man diesen Anschluss gemeinsam machen
395 könnte. Wir wissen auch nicht so recht, wie das Nutzungskonzept ist für dieses Spritzenhaus. Und die letzte Frage, warum war dieses Geschäft nicht im Finanzplan? Mit all diesen ungelösten Fragen hatten wir das Gefühl, dass dieses Geschäft für uns ungenügend vorbereitet war und wir die Katze im Sack kaufen müssten. Darum noch einmal, wir waren einstimmig für die Unterfangung

400 und natürlich auch für die Belegung dieses Platzes. Wir haben nachher in einem zweiten Teil über die Fernwärme abgestimmt und da war nur eine Person dafür, die anderen waren unsicher und haben sich enthalten. Aber wir würden diesen Änderungsantrag unterstützen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die SVP-Fraktion hören wir Svenja Meier.

405

SVP-Fraktion, Svenja Meier: Guten Abend. Auch die SVP ist grundsätzlich nicht gegen diese Sanierung. Wie unsere Vorredner unterstützen wir diesen Änderungsantrag, dass auf den Fernwärmeanschluss verzichtet wird. Genau aus dem gleichen Grund. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man nicht abschätzen, was die Investitionskosten sein werden, um diese energietechnischen Maßnahmen einhalten zu können. Darum und weil auch die zukünftige Nutzung noch nicht klar ist, empfehlen wir, dass man auf diesen Fernwärmeanschluss vorerst verzichtet.

410

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grünliberale Fraktion, Philip Ledermann.

415

GLP-Fraktion, Philipp Ledermann: Guten Abend. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag mehrheitlich zustimmen, wenn auf die Vorinvestitionen mit Folgekosten des Fernwärmeanschlusses verzichtet wird. Die GLP-Fraktion stellt sich die Frage, weshalb eine Sanierung mit Infrastrukturerweiterungen von Werkleitungen von rund 165 000 Franken und ohne aktualisiertes Nutzungskonzept durchgeführt wird. Löst eine Risikobeurteilung wirklich eine sofortige Sanierung der Risse aus? Wenn nein, könnte im Zusammenhang mit der bevorstehenden Neugestaltung Mittelstrasse Vorinvestitionen nur für die Werkleitungen bis zum Spritzhaus gezogen werden. Eine spätere Rissanierung und eventuelle Umnutzung könnte so koordiniert und mit Synergieeffekten durchgeführt werden. Die GLP-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass Investitionen in jedem Fall nur aufgrund eines echten Bedarfs, mit einer abgestimmten Strategie ausgelöst werden sollten. Dies sind wir, in der prekären Finanzlage der Stadt Nidau, unseren Einwohnenden und Steuerzahlenden schuldig.

420

425

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Wir haben sehr viele offene Fragen im Raum und zwei gleichlautende Anträge. Ich schlage vor, dass wir diese zu einem Antrag verschmelzen, nämlich die Streichung des Fernwärmeanschlusses. Aber grundsätzlich ist die Diskussion jetzt offen. Wer wünscht das Wort? Bitte Pauline Pauli.

430

Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli: Hans Peter Meier hat einen Antrag angekündigt, für die Bürgerliche Fraktion möchte Martin Fischer die Gründe erklären.

435

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Bitte Martin Fischer mit weiteren Erklärungen.

Martin Fischer, FDP: Guten Abend. Wir folgen weitgehend, oder eigentlich vollständig, dem Antrag der Fraktion Grüne/EVP. Ich bin in den Begründungen noch etwas mehr ins Detail gegangen. Ein paar Zahlen: Der Fernwärmeanschluss ist aus unserer Sicht mehrfach überdimensioniert. Die minimale Leistung, die man an das Fernwärmenetz anschliessen kann, sind 10 Kilowatt. Das würde eine Wärmemenge geben pro Jahr von rund 15 000 Kilowattstunden. Nur zum Vergleich, ein Einfamilienhaus, das heute mit dem aktuellen Stand der Technik isoliert ist, braucht pro Jahr etwa eine Wärmemenge von 10 000 Kilowattstunden. Das Häuschen hat nur 80 Quadratmeter und ist nicht dauernd genutzt. Also ist die Menge viel zu hoch. Ein weiterer Punkt ist, dass für die Berechnung des Preises von dieser Wärme die 15 000 Kilowattstunden pro Jahr als Grundlage genommen werden, damit man den Grundpreis zahlt. Das heisst, man zahlt pro Jahr schon mal

440

445

1 600 Franken und hat noch keine Kilowattstunde Wärme erhalten. Die Kilowattstunden, die man nachher braucht, kosten dann pro Kilowattstunde etwa 16 Rappen. Ich gehe davon aus, dass das Spritzenhäuschen einen Anschluss bräuchte, der etwa eine Grösse von 3 Kilowatt hätte. Also, wir haben 10, bräuchten aber wahrscheinlich weniger als 3 Kilowatt Leistung. Es ist mehrfach überdimensioniert. Wir hätten hohe jährliche Kosten. Wir hätten diese 1 600 Franken, die wir einfach zahlen, auch wenn wir keine Energie nutzen. Geschätzt bräuchte das Häuschen in einem Szenario mit einer hohen Nutzung etwa 4 000 Kilowattstunden im Jahr. Wenn wir das alles aufrechnen, käme die Kilowattstunde auf 56 Rappen. Zum Vergleich, der Strom aktuell in Nidau, kostet 36 Rappen. Also wären wir dort auch wieder viel zu hoch. Dann haben wir ein fehlendes Nutzungskonzept. Ich weiss nicht, in welchem Fall, dass wir 15 000 Kilowattstunden im Jahr brauchen würden. Da müssten wir schon fast eine Sauna reinbauen, die 365 Tage im Jahr betrieben werden würde. Nachher haben wir, das wurde auch schon gesagt, eine teure und komplizierte Energiesanierung. Wenn wir dort heizen wollen, müssen wir das Spritzenhäuschen sanieren, wir müssen isolieren. Es ist ein geschütztes K-Objekt, also wird es noch einmal komplizierter. Von uns aus gesehen ist das ein Fass ohne Boden. Und zum Schluss, ist Fernwärme aus unserer Sicht für diese Anwendung das falsche Heizsystem. Ich habe kein Szenario gefunden, in dem wir so viel Energie bräuchten für das Heizen dieses Häuschens. Darum ist auch der Fall, dass wir nachträglich den Platz vor diesem Häuschen noch einmal aufreissen müssen, um Rohre einzulegen, diese Wahrscheinlichkeit ist verschwindend klein. Darum möchten wir, dass der Fernwärmeanschluss aus dem Geschäft gestrichen wird.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Die Diskussion ist weiterhin offen. Es ist keine Wortmeldung mehr erwünscht. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/EVP und der Bürgerlichen Fraktion, nämlich die Streichung des Fernwärmeanschlusses.

Der Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Die Diskussion zum Geschäft ist offen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 25 Ja / 3 Nein gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt Fundamentunterfangung/Teilsanierung Mittelstrasse 3 Spritzenhaus ohne Fernwärmeanschluss wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von 153 109 Franken bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

8. Zone mit Planungspflicht Nr. 5 Bahnhofgebiet – nächste Schritte

Ressort
Sitzung

Präsidiales
14. März 2023

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir gelangen zum achten Traktandum, es geht um das Bahnhofsgebiet und die nächsten Schritte. Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit überbebe ich das Wort der Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

495 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und
Stadträte, liebes Publikum. 2017 hat der Gemeinderat dem Stadtrat das Planungsvorhaben Bahn-
hofgebiet vorgelegt. Damals haben wir ein Projekt auf den Weg gegeben mit dem Ziel, dass wir
die planerischen Grundlagen für die Entwicklung des Bahnhofareals legen können. Das Areal zu
entwickeln ist ein lang gehegter Wunsch der Stadt Nidau. Seit 1985 studiert man an dieser Nut-
500 zung herum. Im Jahr 2007 wurde das letzte Projekt von den Stimmberechtigten abgelehnt. Der
Auslöser für die Wiederaufnahme der Planung war die Aare Seeland mobil, die den Bahnhof hin-
dernisfrei und sicherer umbauen musste. Für die Stadt Nidau war es schnell klar, dass wir eben-
falls das Zepter in die Hand nehmen müssen, wenn wir auf dem Bahnhofgebiet etwas realisieren
wollen. Das Projekt hat dann Fahrt aufgenommen und jetzt ist dieser Bahnhofumbau fast fertig.
505 Es liegt ein fertiges Konzept vor und das Areal könnte man jetzt bebauen oder man wüsste zu-
mindest wie. Man könnte also sagen, der Auftrag ist erfüllt. Jedenfalls fast. In der Mitwirkung hat
sich nämlich gezeigt, dass es grosse Vorbehalte gibt gegenüber dieser Planung. Es gibt Vorbe-
halte gegenüber dem Weg, der zu diesem städtebaulichen Konzept geführt hat. Es war ein Studi-
enauftrag. Es gibt Vorbehalte gegenüber der Ansiedlung eines Grossverteilers, gegenüber einem
510 Parkhaus und es gibt auch grosse Fragezeichen zu der Aussenraumgestaltung. Wir haben diese
Bedenken aufgenommen und haben uns im Gemeinderat Gedanken gemacht, wie man weiterge-
hen könnte. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es zwei Möglichkeiten gibt. Wir können ent-
weder, das ist die Stossrichtung eins in den Unterlagen, den eingeschlagenen Weg weiterverfol-
gen. Das heisst, wir gehen in die öffentliche Auflage, wir führen ein Einspracheverfahren, wenn es
515 nötig ist und legen dann dem Stadtrat die Vorschriften zur Genehmigung vor. Warten ab, ob es
ein Referendum gibt und machen dann, wenn die Vorschriften in Kraft sind, ein nachgelagertes
qualitätssicherndes Verfahren mit einem Architekturwettbewerb, wo dann noch die Gestaltung
des Baukörpers und des Aussenraums festgelegt werden kann. Oder, wir wählen eine zweite Vari-
ante, die Stossrichtung zwei, und drehen eine Extrarunde. Das heisst, wir nehmen jetzt eine hö-
520 here Flughöhe ein, wir hobeln die Vorschriften, die wir jetzt schon relativ detailliert gemacht ha-
ben, wieder ab oder respektiv, wir setzen dort wieder etwas drauf und machen nur noch generelle
Festlegungen. Das heisst, wir legen noch die Höhe fest, die Erschliessung aber nicht mehr ein
städtebauliches Konzept. Das lassen wir offen. Und mit dieser abgespeckten Variante gehen wir
noch einmal in eine Mitwirkung. Das wäre dann eben die Zusatzschleife und lassen die genehmi-
525 gen. Erst anschliessend machen wir ein qualitätssicherndes Verfahren für die Verfeinerung des
Projekts. Wir würden das machen mit einem Workshopverfahren, würden fünf Teams einladen
und würden dann mit ihnen, respektive sie würden dann noch einmal überprüfen, was die richtige
städtebauliche Setzung dieses Baukörpers ist, die Aussenräume nochmal überprüfen und das
Ganze nochmal viel vertiefter anschauen. Wie Sie sehen, beantragen wir Ihnen die Stossrichtung
530 zwei. Zwar nicht, weil wir vom Konzept nicht überzeugt sind, sondern weil wir sehen, dass der
Weg, der zu diesem Konzept geführt hat, gerade auch von den Fachverbänden bestritten ist. Da-
rum sind wir der Meinung, sollten wir dies in einem zweistufigen Verfahren noch einmal überprü-
fen. Natürlich gibt es noch eine weitere Variante, die steht nicht in den Unterlagen, aber die liegt
auch auf der Hand. Darum möchte ich es hier auch noch einmal sagen. Man könnte jetzt sagen,
535 wir haben ein Etappenziel erreicht, wir haben jetzt auf diesem Bahnhofareal geordnete Verhält-
nisse geschaffen, wir haben den Entwicklungsraum freigespielt und jetzt könnte man die Sache
auch wieder zehn Jahre ruhen lassen. Aber das empfehlen wir nicht. Obwohl ich verstehen kann,
dass all jene, die in den letzten Jahren unter dieser Grossbaustelle gelitten haben, sich über so

einen Entscheid freuen würden. Aber für Nidau wäre das keine gute Entscheidung. Ich bin sicher, dass der Bahnhof mehr als nur eine ÖV-Haltestelle ist für Nidau. Es ist eine Adresse, es ist ein Identifikationsmerkmal, es ist ein Ort, wo wir Mehrwert für Nidau schaffen können. Ein Parkhaus und ein Grossverteiler ist nicht eine Idee oder Fantasie des Gemeinderats, sondern das ist eine glasklare Erkenntnis, die wir gewonnen haben aus dem Bericht mit dem Titel «Strategie gegen das Lädelerben in der Altstadt von Nidau». 2015 hat der Gemeinderat diese Analyse in Auftrag gegeben, um herauszufinden, was es braucht, um unser Nidau lebendig zu halten im Stedtli, im Stadtzentrum. Und seit diesem Bericht wissen wir, dass Grossverteiler für den Erhalt der kleinen Läden äusserst wichtig sind. Sie sind eben nicht eine Konkurrenz, sondern sie komplettieren sie. Coop, Migros, Aldi, Denner und wie sie alle heissen, an einem Ort zu haben, ist ein Garant für die Kundschaft. Sie wissen, wenn sie in Nidau einkaufen gehen, dann finden wir alles. Was wir in den kleinen Läden nicht finden, finden wir dann noch beim Grossverteiler. Darum müssen wir eben nicht ins Centre Brügg oder ins Bahnhofzentrum. So kommen viele Leute ins Stedtli und das ist übrigens auch ein wichtiger Punkt für die Post, die ja bekanntlich nur noch Filialen offenhält, die eben entsprechende Frequenzen haben. Gute Parkierungsmöglichkeiten ist auch etwas Wichtiges für Nidau. Am liebsten eben ein Parkhaus, das ist was wir vorgesehen haben mit dieser Planung. Und es ist ein wichtiger Punkt für Nidau, weil Nidau eben auch eine Zentrumsfunktion hat. Eine Zentrumsfunktion für die umliegenden Gemeinden. Gerade aus den umliegenden Gemeinden kommen viele nach Nidau. Sie kommen hier einkaufen, gehen zum Coiffeur, ins Restaurant oder eben zur Post. Das ist umso wichtiger zu wissen, das wissen wir auch aus diesem Bericht, weil die Nidauer Bevölkerung alleine nicht die Kraft und das Potenzial hat, unsere Läden im Stedtli mittel- bis längerfristig als Einkaufsstandort am Leben erhalten zu können. Dann gibt es noch ein dritter wichtiger Punkt. Nämlich ist es das dringende Bedürfnis der älter werdenden Bevölkerung nach Wohnraum an zentraler Lage. Gerade sie haben zunehmend Mühe, angemessenen Wohnraum zu finden, in Zentrumsnähe zum Mieten. Viele Leute, Sie kennen sicher auch viele, haben ihre Häuser irgendwo in den umliegenden Gemeinden, ihre Eigentumswohnungen, verkaufen diese und möchten näher ins Zentrum kommen - in Pantoffeldistanz, wie man so schön sagt - zu den Läden, wo sie eben kein Auto mehr brauchen. Und diese Bevölkerungsgruppe wird von Jahr zu Jahr grösser. Das wissen wir spätestens seit den Diskussionen rund um die AHV-Abstimmung, die wir vor rund zwei Wochen hatten. Dort war das sehr präsent, die immer älter werdende Bevölkerung. In Nidau, ich habe es heute noch nachschauen lassen, sind 23 Prozent der Bevölkerung über 65. Also auch diese Bevölkerungsgruppe verdient höchste Aufmerksamkeit und darum ist es aus unserer Sicht höchste Zeit, dass wir in Nidau in Bezug auf Wohnraum, also nicht auf Altersresidenzen, sondern Wohnraum zum Mieten, ein Angebot schaffen. All diese Themen haben wir zusammengefasst in dieser Bahnhofspannung und wollen sie dort angehen. Fazit, der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Planung von grosser strategischer Bedeutung ist für die künftige Entwicklung von Nidau. Darum empfehlen wir Ihnen, diese Planung weiterzuverfolgen, und zwar in der Stossrichtung zwei, und uns einen Kredit von 330 000 Franken freizugeben. Jetzt bin ich gespannt auf die Diskussion, danke für die Aufmerksamkeit und stehe natürlich für Fragen zur Verfügung.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Als Sprecher der GPK hören wir zuerst Martin Schwab.

Sprecher GPK, Martin Schwab: Der ganze Verfahrensablauf war für die GPK sehr komplex zum Verstehen. Notabene ist es ein Geschäft, das seit 1985 immer irgendwo pendent war. Aus Sicht der GPK erstaunt es, dass beide Varianten mehr oder weniger das gleiche Total an Kosten aufweisen, obwohl es in der Variante zwei noch ein zusätzliches Mitwirkungsverfahren gibt. Trotzdem

haben wir für den vorläufigen Mitwirkungsbericht nachgefragt, damit wir den Ablauf nachvollziehen können. Den haben wir am Tag darauf erhalten. Wir konnten ihn prüfen und somit haben wir eigentlich keine Bedenken, dass wir dieses Geschäft so dem Stadtrat übergeben können.

590

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Martin Schwab. Bitte der Sprecher der SP-Fraktion, Dominik von Aesch.

595

SP-Fraktion, Dominik von Aesch: Guten Abend. Die SP-Fraktion begrüsst es, dass die Mitwirkung Wirkung gezeigt hat und ernst genommen wird vom Gemeinderat. Eine Mehrheit der Bevölkerung soll schliesslich auch dahinter stehen können bei einem nachfolgenden Entscheid. Die SP-Fraktion unterstützt eine umfassende Planung und möchte die Stossrichtung zwei weiterverfolgen und wird sich dafür einsetzen.

600

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die GLP-Fraktion hören wir René Dancet.

605

610

615

620

625

630

GLP-Fraktion, René Dancet: Guten Abend. Ich hatte bei diesem Geschäft den Eindruck, ich müsste 40 Jahre im Schnelldurchlauf durchmachen. Ich finde es ein spannendes Geschäft und sehe es wie Stadtpräsidentin Sandra Hess, dass es sicher eine spannende Diskussion geben wird. 40 Jahre sind eine lange Zeit, der Planungsverlauf ist spannend, es ging auf und ab. Man hatte das Gefühl, man baue, dann hat man doch nicht gebaut. Es wurde abgelehnt und man hat wieder neu angefangen. Selbst jetzt wird es im besten Fall noch 10 Jahre gehen, bis dann gegebenenfalls etwas steht. Die GLP-Fraktion hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und versucht, das Geschäft aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Ganz allgemein, spüren wir eigentlich schon extrem wenig Begeisterung und wenig Feuer für dieses Projekt. Ich hatte auch den Eindruck, in der Mitwirkung hat sich das gezeigt. Man ist recht kritisch und weiss nicht so richtig, was man jetzt will. Das Verfahren wird in Frage gestellt und so weiter. Das ist für uns ein Punkt, nicht der alleinige und auch nicht der entscheidende. Aber wir sind der Meinung, wenn wir im dicht bebauten Nidau auch noch eine der letzten Flächen bebauen, dann müsste schon ein Projekt kommen, von dem man sagen kann, doch, das ist eine coole Sache, wir brauchen das. Die Begeisterung muss da sein und die fehlt. Stand heute sehen wir auch nicht wirklich einen Bedarf. Da gehen die Meinungen vielleicht auseinander. Ich tue mich schwer. Fehlt in Nidau ein Migros oder ein Coop? Ich bin am Samstag jede Woche familienbedingt etwa zweimal im Coop. Wenn ich schaue, wie die Autos hinfahren und wieder wegfahren, dann bin ich nicht ganz überzeugt, dass diese Leute, die von Bellmund oder so nach Nidau zum Einkaufen kommen, tatsächlich ins Coop gehen und dann noch ins Stedtli und wieder zurück. Ich habe eher den Eindruck, dass sie ins Coop kommen und wieder weiterfahren. Das Argument der Wohnungen ist sicher ein Argument. Wie viele Wohnung waren bis jetzt geplant? Es waren nicht so viele Wohnungen. Und wenn ich mich drehe und weiter nach hinten schaue, haben wir das Moser-Areal, dort haben wir deutlich mehr Wohnungen gebaut. Bei den Parkplätzen - unbestritten - die Parkplatzsituation ist nicht einfach. Ich glaube, die GLP sieht es auch so, wir haben ein Gesamtverkehrskonzept und es werden Parkplätze wegfallen. Die Frage nach Ersatzlösungen kommt. Die Frage ist einfach, ist die Ersatzlösung ein Parkhaus, das wir eigentlich nur machen können, wenn wir obendrauf auch etwas setzen. Oder wir zählen mal die Parkplätze, die wir heute schon auf diesem Platz haben. Und wenn wir die Baustelle wegnehmen, dann ist es eine stattliche Zahl, die wir schon heute nutzen können. Was fehlt sonst noch in Nidau, von dem wir sagen, wir müssen unbedingt etwas machen? Ich persönlich bin der Meinung, es fehlt heute nichts. Ausser Geld. Geld fehlt. Wir haben das Finanzthema, unsere ganze Situation sieht nicht ganz rosig aus. Wir sollten eigentlich sparen und wir wissen, wir haben ganz viele gebundene Ausgaben, wo wir nicht viel machen können. Dann

635 haben wir Themen, von denen wir wissen, wir haben einen gewissen Handlungsspielraum, zum
Beispiel die Stromversorgung. Dann haben wir noch kleinere Projekte, wie das Guggerhaus, für
das wir auch irgendwann eine Lösung finden und schauen müssen, wie das finanziell aussieht.
Das Strandbad wird auch Geld kosten. Das ist alles Geld, von dem wir wissen, wir müssen zuerst
640 noch schauen, wie wir es machen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob man «nur»
300 000 Franken, plus ein Kredit von 90 000 Franken, den wir noch nicht ganz gebraucht haben,
ob man einfach sagt, wir machen jetzt mal weiter. Wir haben nicht wirklich einen Bedarf, die Be-
geisterung ist nicht da, aber wir machen weiter, die 400 000 Franken geben wir dafür aus. Aus
dieser Perspektive sind wir nicht überzeugt, ob das der richtige Weg ist, sowohl Variante eins
oder Variante zwei zu fahren. Und jetzt ist eben spannend, wir haben nach Alternativen gesucht
645 und kommen jetzt zum Schluss, dass wir grundsätzlich das Geschäft ablehnen möchten. Ausser
es würde eine Lösung geben, wo wir die Perspektiven etwas anders angehen könnten. Vielleicht
kostet es gar nicht so viel und vielleicht kann man das Projekt statt zu stoppen - was sicherlich
auch gewisse Nachteile hätte - weiterziehen, aber vielleicht mit weniger Kosten. Und aus den Vor-
gesprächen von heute Abend kann ich mir vorstellen, dass heute noch ein Antrag kommen
650 könnte. Da wären wir sehr offen, unsere Meinung zu revidieren, je nachdem wie die Diskussion
jetzt weiterläuft. In diesem Sinn, ein spannendes Thema, danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Für die SVP-Fraktion hören wir Leander Gabathuler.

655 **SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Guten Abend auch von meiner Seite. Wir haben im Rah-
men der Mitwirkung zu diesem Projekt festgehalten, dass wir grundsätzlich eine Entwicklung des
Bahnhofgebiets befürworten. Wir haben aber auch Kritik geäußert. Ich kann den Vorredner René
Dancet gut verstehen und wir teilen grösstenteils die Auffassung. Es ist für uns zum Beispiel auch
völlig unverständlich, wieso man - das geht jetzt ein bisschen ins Detail - aber wieso man für den
660 Baukörper die Variante eines Quaders, also praktisch einen Würfel, favorisiert hat, aus unserer
Sicht eine störende und unnatürliche Form, die sich markant von den umliegenden historischen
Baukörpern im Eingang unseres Stedtlis unterscheidet. Die Visualisierung bei der Mitwirkung ha-
ben Sie wahrscheinlich auch gesehen, gibt deutlich den Eindruck von einem völlig weltfremden,
wir haben damals den Begriff «Ufo» verwendet, das auf unserem Bibliotheksplatz gelandet ist.
665 Wir sehen auch nicht wirklich einen Bedarf für einen weiteren Grossdetailhändler mitten im Zent-
rum, wir haben ja schon einen. Wir haben dann auch noch weitere nicht im Zentrum. Es würde
einfach ein bestehendes Angebot replizieren und das kann aus unserer Sicht nicht das Ziel von so
einem Projekt sein. Es sollen hingegen diverse Neuangebote entstehen. Angebote, die es in Nidau
vielleicht noch nicht gibt. Das wäre ein Mehrwert für unsere Bevölkerung und unser Gewerbe.
670 René Dancet hat es angesprochen, wir haben schon über 300 000 Franken ausgegeben für diese
Planung. Etwas Gescheitertes ist aus unserer Sicht nicht dabei herausgekommen und jetzt soll man
nochmal 300 000 Franken nachballern und offenbar soll dann alles besser werden. Sie sehen, un-
sere Begeisterung hält sich ebenfalls in Grenzen. Insgesamt überwiegt für uns aber die Chance,
das aktuell ungenutzte Potenzial dieser wertvollen zentralen Fläche besser zu nutzen. Wir haben
675 gehört, es können neue Wohnungen entstehen, es können neue Gewerbeflächen entstehen, es
können mehr Angebote entstehen. Es gibt folge dessen mehr Frequenz im Stedtlis, mehr Steuer-
einnahmen und es erlaubt uns auch, möglicherweise ein unterirdisches Parking zu machen, um
möglicherweise später wegfallende Parkplätze an anderen Stellen zu kompensieren. Auch das er-
hält längerfristig die Attraktivität von unserem Stedtlis aufrecht. Das alles spricht dafür, dass man
680 jetzt eigentlich nochmal einen zweiten Anlauf wagen sollte. Aber eben, ich habe es schon gesagt,
nochmal 300 000 Franken auszugeben, ist nicht so cool. Basierend auf den Vorgesprächen, die

wir geführt haben, wird von der Ratslinke ein relativ interessanter Antrag kommen, bei dem wir nicht abgeneigt sind, ihn zu unterstützen.

685 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Für die Bürgerliche Fraktion spricht Martin Fischer.

Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer: Die Bürgerliche Fraktion stimmt diesem Geschäft, in Variante zwei, einstimmig zu. Wieso? Mit der Variante zwei haben wir das Gefühl, dass die Erfolgchance wesentlich grösser ist und uns ist es extrem wichtig, dass wir keinen Schiffsbruch erleiden. Wir haben das Gefühl, das Geld ist gut investiert, weil es genauso investiert wird, wie die Gemeinde auch die Aufgabe hat, nämlich Rahmenbedingungen zu schaffen für private Investitionen. Wir haben dadurch einen Hebel, wir attraktivieren das Stedtli, es gibt Wohnungen, es gibt Steuerzahler, wir machen etwas für die Gemeindefinanzen. Und es ist ja nicht so, dass die Gebäude nachher von der Gemeinde gebaut werden. Es sind private Investoren, die das machen. Also haben wir dort, finanztechnisch gesprochen, ein Hebelprodukt. Vorher wurde das Strandbad und das Guggerhaus erwähnt. Dort zahlen wir alles selbst. Dort haben wir nicht einen zusätzlichen Benefit für das Geld, das wir ausgeben. Bei diesem Projekt hatten wir eine Wertvermehrung für unsere Gemeinde. Darum sind wir einstimmig dafür.

700 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Für die Fraktion Grüne/EVP hören wir Hannah Kuby.

Fraktion Grüne/EVP, Hannah Kuby: Guten Abend, ich möchte alle herzlich begrüssen. Ich habe heute meine Premiere hier am Rednerpult. In der Fraktion Grüne/EVP war dieses Geschäft ziemlich umstritten. Wir haben uns gefragt, warum es zum jetzigen Zeitpunkt diesen Nachkredit braucht, der nochmal gleich hoch ist, wie der ursprüngliche Kredit, für das Erarbeiten dieser ZPP. Wir haben uns dann «reingefuchst» in dieses Geschäft und es ist recht kompliziert. Es hat viele planungstechnische Begriffe drin und aus unserer Sicht ist es so, dass man eigentlich diese ZPP durchführen und abschliessen kann mit dem bereits gesprochenen Restkredit. Eine Sprechung von einem Nachkredit für das qualitätssichernde Verfahren im jetzigen Zeitpunkt, wo noch kein Investor vorhanden ist, und noch nicht bekannt ist und nicht klar ist, was man nachher wirklich auf diesem Platz machen will, ergibt aus unserer Sicht nicht unbedingt einen Sinn. Eine ZPP ist eine Zone mit Planungspflicht. Das heisst, die Gemeinde legt in dieser Zone in der Regel schon mal eine Nutzung fest, vielleicht eine Gebäudehöhe. Dort finde ich es sehr gut, was unsere Stadtpräsidentin Sandra Hess gesagt hat, die Stossrichtung zwei ist vollumfänglich richtig. Wir sind für diese Stossrichtung zwei, aber wir werden einen Änderungsantrag stellen, dass wir keinen zusätzlichen Kredit für die Planung von der ÜO, wo noch kein Investor und keine definitive Nutzung festgelegt ist, bewilligt werden soll. Es kann noch fünf Jahre dauern, sieben Jahre dauern, zehn Jahre dauern, bis man dort wirklich einen Investor hat. Soll ich den Änderungsantrag auch gleich vorstellen?

720 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Sehr gerne ja.

Fraktion Grüne/EVP, Hannah Kuby: Dann kommen wir zum Änderungsantrag. Die Fraktion Grüne/EVP beantragt, dass man die Stossrichtung zwei weiterverfolgt, aber mit dem bestehenden Restkredit bis zur Fertigstellung der ZPP und den Nachkredit für das qualitätssichernde Verfahren, für die Erarbeitung der ÜO, nicht spricht, sondern dafür in der ZPP festlegt, dass so ein Verfahren, wenn denn die Überbauung kommt, vorgeschrieben ist. Wir sind auch dafür, dass der Gemeinderat das Geschäft weiterverfolgen soll. Aber dass wie gesagt, Punkt 2 und 3 aus dieser Vorlage gestrichen wird. Die Begründung dafür ist, dass die Erarbeitung einer ÜO planungsrechtlich erst

730 dann Sinn macht, wenn man einen Investor hat. Dort kann man das auch so regeln, dass der Investor das qualitätssichernde Verfahren zahlt. Es muss nicht zwingendermassen die Gemeinde berappen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Hannah Kuby. Ich halte noch einmal fest. Es geht um die Streichung von Punkt 2 und Punkt 3. Da der Antrag sehr kurzfristig eingereicht wurde, lese ich die vier Punkte, um die es geht, kurz vor. Das gibt Ihnen auch noch etwas Zeit, sich Gedanken zu machen.

Punkt 1, der gemäss Antrag stehen gelassen sollte, lautet wie folgt: Für die Gestaltung des weiteren Planungsprozesses wird die Stossrichtung zwei weiterverfolgt.

740 Punkt 2, Antrag ist hier, streichen: Für die Zone mit Planungspflicht Nummer 5, Bahnhofgebiet, wird ein Nachkredit von 330 000 Franken bewilligt. Der Gesamtkredit beträgt somit 680 000 Franken.

Punkt 3, auch beantragt zu streichen. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.

745 Punkt 4, ist gemäss Antrag zu belassen: Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug der Stossrichtung 2 beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an eine zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

750 Die Diskussion ist hiermit eröffnet. Wer wünscht das Wort? Wir haben bereits einige Wortmeldungen in den Fraktionen gehört. Wünscht Sandra Hess das Wort zum Antrag? Bitte.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Ich möchte zuerst gerade auf den Antrag eingehen und dann noch ein paar grundsätzliche Sachen sagen. Der Antrag, wenn ich das richtig verstehe, wäre, wenn wir die Stossrichtung zwei weiterverfolgen, jetzt noch einmal Vorschriften anpassen würden und sie eben genereller halten. Dann müssen wir noch einmal in eine Mitwirkung, anschliessend gibt es eine Vorprüfung, eine Bereinigung der Vorprüfung, öffentliche Auflage, Beschluss Gemeinderat und Stadtrat und fakultatives Referendum. Und alles, was nachher kommt, also das qualitätssichernde Verfahren, die zweite Stufe, der Studienauftrag mit fünf Teams, könnten wir nicht mehr machen. Also würden wir nach Rechtskraft dieser Planung aufhören. Jetzt ist einfach die Frage, wenn Sie hier im Stadtrat sagen, das ist gut so für uns, nach der zweiten Mitwirkung könnten wir unsere Meinung kundtun. Wenn Sie da die Vorschriften genereller halten, dann setzen wir diese Planung nachher in Kraft. Das kann hier im Stadtrat sogar eine Mehrheit finden, aber was sagen wir der Bevölkerung? Dann gibt es vielleicht ein fakultatives Referendum, weil eben nicht klar ist, was dann genau kommt? Oder wir nehmen noch viel Geld in die Finger für eine entsprechende Kommunikation nach aussen, um es den Leuten darzulegen. Und sollte das Referendum aber ergriffen werden und in der Volksabstimmung abgelehnt werden, dann hätten wir von mir ausgesehen, einen maximalen Scherbenhaufen, weil wir dann wahrscheinlich auch nicht wüssten, an was es gescheitert ist. Und wenn Sie das Gefühl haben, dass das der richtige Weg ist, dann könnte man auch direkt die Stossrichtung eins weiterverfolgen und gerade mit dem vorliegenden Konzept gehen. Da sehe ich nicht ganz, was Sie sich von so einem Verfahren erhoffen. Weil genau diese Qualitätssicherung, die dann dienen würde, um die ÜO auszuarbeiten, würden Sie ausschalten. Aber man kann das natürlich machen. Jetzt zur Frage, ein Investor könnte dieses qualitätssichernde Verfahren machen. Ja, das könnte ein Investor machen, wenn wir einen finden. Dort fängt es an. Ich glaube, Sie lesen alle Zeitung und sind informiert, was so im Kanton Bern und in Schweizer Gemeinden und Städten im Moment passiert. Ich zweifle ganz ehrlich dran, dass wir einen Investor finden, der bereit ist, Geld

in die Hände zu nehmen, bevor er nicht verbindliche baurechtliche Festlegungen hat und bevor er nicht ganz genau weiss, was er bauen kann und was nicht. Land auf und Land ab nehmen wirklich
780 viele Investoren Geld in die Finger, für Planungen, die am Schluss im Volk scheitern. Und diese Bereitschaft, die ist seit zwei bis drei Jahren vorbei, sage ich mal. Heute ist der Alltag so, dass uns die Investoren anrufen und sagen, ist es rechtskräftig, dann würden wir gerne ein Angebot machen. Wenn wir aber jetzt sagen würden, wir finden einen Investor, dann können wir nicht einfach sagen, wir nehmen Firma A, B, C. Sondern dann machen wir einen Investorenwettbewerb.
785 Selbstverständlich, das muss man ausschreiben. Man kann nicht einfach im Gemeinderat oder in einer Arbeitsgruppe beschliessen, mit welchen Investoren man zusammenarbeiten will. Wir müssten eine Planungsvereinbarung machen und sie müssten in Vorleistung gehen, das habe ich vorhin schon gesagt. Und diese Bereitschaft jemanden zu finden, gerade bei so einer Planung, die schon so lange geht und auch schon das eine oder andere Mal Schiffbruch erlitten hat, aus immer
790 unterschiedlichen Gründen, wäre an einem ganz kleinen Ort, glaube ich. Und wir merken es auch, wir hatten in letzter Zeit viel weniger Anfragen von Investoren, die gefragt haben, ob sie in Nidau etwas machen können. Aber sie rufen uns an und fragen, ob diese Vorschriften rechtskräftig sind, dann wären sie interessiert. Also, ich glaube wirklich, ich kann das Anliegen verstehen, aber da werden Sie oder wir wahrscheinlich an der Realität scheitern. Ich kann mir wirklich, Stand heute
795 nicht vorstellen, dass wir mit diesem Vorgehen, wie es dieser Antrag hier auslösen würde, weiterkommen würden. Ausser, dass wir jetzt doch, gemäss der Kostenzusammenstellung, noch 80 000 Franken in die Hände nehmen würden für die ganzen Rechtsverfahren, die wir noch machen müssten. Eben die zweite Mitwirkung, ich habe es schon gesagt. Wir müssten in die Vorprüfung beim AGR, Sie wissen, wie lange es dauert. Das geht leider auch nicht von heute auf morgen. Die
800 öffentliche Auflage, die zweite öffentliche Auflage allenfalls. Also da reden wir sicher von drei bis fünf Jahren, bis wir irgendwo an diesem Punkt sind, dass wir auf Investorensuche gehen können. Und das Qualitätssicherungsverfahren sind wir da dann noch nicht angegangen. Also ich kann das Anliegen gut verstehen, aber ich sehe diesen Weg gar nicht. Hingegen kann ich Ihnen das Angebot machen, wenn Sie in den Stadtratsunterlagen schauen, dann sehen Sie, dass im zweiten Teil,
805 also nachdem man das qualitätssichernde Verfahren durchgeführt hat, da kann ich mir gut vorstellen, dass wir im Sinne eines weiteren Boxenstopps - es gab ja schon ein paar Boxenstopps bei diesem Projekt - dass wir dort die Resultate mit der Öffentlichkeit spiegeln würden. Im Rahmen von einem partizipativen Verfahren würde man dort die Meinungen wieder abholen und schauen, ob das jetzt auf mehr Akzeptanz stösst. Oder entfacht es dieses Feuer, das vermisst wird. Aber
810 ich muss auch sagen, seit 1985 überlegt man sich, wie man im Bahnhofareal weitergehen möchte und dass da das Feuer das eine oder andere Mal höher oder weniger hoch brennt, ist wahrscheinlich auch normal. Aber dass könnte ich Ihnen vorschlagen oder als Angebot machen und es Ihnen auch zusagen, dass wir dort in ein partizipatives Verfahren gehen würden und auch schauen würden, ob es mehrheitsfähig ist oder nicht. Aber ich glaube, da müssen wir uns auch keine Illusion
815 machen, dass wir 100 Prozent Begeisterung für etwas entfachen werden, ist wahrscheinlich heute auch nicht mehr realistisch. Aber doch eine solide Mehrheit, die Freude an dieser Planung hätte, könnte ich mir vorstellen, dass wir so erreichen könnten.
Jetzt vielleicht noch ein paar Worte, ich habe ein paar Mal gehört, wir hätten Geld ausgegeben und es sei nichts dabei herausgekommen. Also da möchte ich mich schon vehement dagegenstel-
820 len. Ich kann es gerne noch einmal wiederholen. Es waren umfangreiche Landumlegungsgeschäfte, die wir machen mussten. Das waren umfangreiche Diskussionen, die wir mit der Aare Seeland mobil und den Verkehrsbetrieben Biel sowie dem Kanton führten, damit wir auf diesem Areal einen Mehrwert schaffen können. Im Moment ist es noch eine Baustelle. Oder die eine oder andere Kreisell-Verwendung funktioniert vielleicht auch noch nicht ganz optimal und viele Leute
825 regen sich jetzt vielleicht auch über die Bahnschranke auf. Aber es ist nun mal eine Tatsache,

dass wir dort einen ÖV-Knotenpunkt haben und ich kann Ihnen sagen, das wissen alle jene im Gemeinderat, die schon länger dabei sind, hätten wir die Partner alle machen lassen, was sie wollten, dann hätten wir grosse Augen gemacht. Mindestens planerisch haben wir hier Entwicklungsraum gesichert. Das war nicht gratis, das hat natürlich Geld gekostet. Das ist das, was ich dazu sagen kann.

830 Dann vielleicht noch zur Frage des Grossverteilers. Ja klar, das polarisiert, das ist mir schon klar. Das ist so ein Reflex, wir machen uns Sorgen. Wenn wir jetzt einen weiteren Grossverteiler haben, was passiert dann mit unseren «Lädeli», an denen wir so hängen. Aber erstens muss ich sagen, bei Grossverteiler sprechen wir ganz sicher nicht von einem Centre Brügg Grossverteiler, sondern wir sprechen vielleicht ein bisschen mehr von dem, was wir heute an Coop haben. Mit welchem Grossverteiler das dann wäre, das steht auch noch in den Sternen. Aber eben, der Reflex, wie ich vorhin gesagt habe. Wir haben Angst um unsere «Lädeli», wenn Grossverteiler kommen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Grossverteiler sind der Garant dafür, dass kleine Läden rundum leben können. Natürlich müssen sie sich entsprechend dem Wettbewerb stellen und sie müssen ihre Nische finden. Das Thema hatten wir gerade im Bieler Tagblatt. Es wurde abgehandelt im Zusammenhang mit der Metzgerei, die zugegangen ist. Ja, es ist ein Wettbewerb, das ist klar, die Leute müssen ihre Nische finden. Aber sie finden sie, das sehen Sie überall in den Städten, wo das gut funktioniert. Grossverteiler, wie gesagt, ich verweise auf diesen Bericht, den es gibt zu dieser Analyse, sind wirklich ein wesentlicher Teil davon, dass man die Läden und die Innenstädte lebendig halten kann. Wer es nicht glaubt, erinnert sich vielleicht noch an Lyss. Wissen Sie noch, was passiert ist, als die Migros in Lyss aus dem Zentrum gegangen ist. Das Zentrum war ganz lang leer und es war sehr schwer, langsam aber sicher kommt wieder Leben rein, aber es hat sehr lange gedauert. Sie können in Städten und Gemeinden der ganzen Schweiz schauen. Wenn Grossverteiler das Zentrum verlassen, dann ist es ein Riesenproblem für die Läden. Man kann das glauben oder nicht, man kann das individuelle Bauchgefühl walten lassen, man kann am Samstagmorgen schauen, wie viele Leute hinfahren oder nicht, aber es ist wirklich eine klare Analyse, die wir gemacht haben. Und es ist eine, die man überall in den Städten auch nachvollziehen kann. Auch das ist nicht ein individuelles Bauchgefühl des Gemeinderats.

840 Und nochmal ein letztes Wort, ich habe es vorhin schon gesagt. Die Stadt Nidau, das ist auch eine unangenehme Wahrheit, aber ich muss es hier nochmal sagen, die Bevölkerung der Stadt Nidau allein, kann unsere Läden im Zentrum nicht am Leben erhalten. Das ist vielleicht mittelfristig möglich, aber langfristig wird es nicht möglich sein. Man findet immer wieder Leute, die sagen, mit den kleinen Läden ist das okay, es macht auch nichts, wenn es nicht wahnsinnig rentiert, man mache es aus anderen Gründen. Aber ein Modell für die Zukunft ist es nicht. Das haben wir übrigens auch aufgenommen in der Altstadtplanung, in der Ortsplanungsrevision, wo wir es auch möglich gemacht haben, dass man auch in den Altstädten etwas grössere Entwicklungsmöglichkeiten hat. Dass man auch irgendwo mal eine Brandschutzmauer rausnehmen kann, aber es ist auch klar, ein Manor mitten in der Altstadt, wie wir sie heute haben, wie sie es in Solothurn haben, das ist bei uns nicht möglich. Das wäre sicher auch nicht erstrebenswert. Noch einmal, es ist wirklich das fehlende Feuer, doch ich muss sagen, der Gemeinderat hatte das Feuer immer mal wieder, weil wir einfach wissen, warum wir das machen. Wir machen es wirklich für Nidau, weil wir es als Chance sehen, für den Erhalt einer lebendigen Altstadt, für ein Schaffen einer attraktiven Parkierung. Das wissen Sie auch, es ist im Moment auch ein Riesenthema mit den vielen Baustellen, die Oberflächenparkplätze, die fehlen. Und ja, es gäbe noch ein Haufen andere Projekte, die ich aufzählen könnte, auch im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Hauptstrasse, wo auch immer wieder die fehlenden Parkplätze ein Thema waren. Das ist ein Angebot, eine Idee, die wir haben oder eine klare Vorstellung, dass ein zentrales Parkhaus am Stedtli-Eingang eine gute Sache wäre. So, jetzt konnte ich glaube ich ausführen, was unsere Gedanken sind hinter

845
850
855
860
865
870

diesen Plänen. Selbstverständlich ist es jetzt Ihre Sache, wie Sie damit umgehen wollen. Aber es
875 war mir doch wichtig, hier zu betonen, dass es nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick
tönt, Investoren liegen heute nicht mehr auf der Strasse und warten, dass sie irgendwo eine Pla-
nung machen dürfen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Sandra Hess. Wenn man zuhört, ist doch etwas
880 von diesem Feuer zu spüren. Die Diskussion ist weiterhin offen. Gibt es Wortmeldungen, Reaktio-
nen insbesondere auf die Ausführungen von Sandra Hess? Zuerst Hannah Kuby, danach Luzius
Peter.

Hannah Kuby, Grüne: Vielen Dank an die Stadtpräsidentin für die Ausführungen. In der Einlei-
885 tung zum Geschäft steht, dass der Gemeinderat insbesondere wegen diesen zwei unterschiedli-
chen Stossrichtungen das Geschäft dem Stadtrat vorlegt. Ich denke, es ist ziemlich unbestritten,
dass die Stossrichtung zwei vom Stadtrat befürwortet wird. Ich denke auch, dass man nachher
ein qualitätssicherndes Verfahren haben will, für die ÜO zur ZPP. Eine ZPP braucht später immer
eine ÜO. Es geht sonst gar nicht. Aber was ich im Prinzip immer noch nicht verstehe, ist warum
890 zum jetzigen Zeitpunkt ein Nachkredit für das qualitätssichernde Verfahren benötigt wird. Wenn
wir den Kredit anschauen, der vorgestellt ist, dann sehen wir, dass die Realisierung der ZPP, die
als erstes kommen muss und als erstes alle Verfahren durchlaufen muss. Beim AGR, zweite Mit-
wirkung, öffentliche Auflage und gegebenenfalls ein Referendum. Die Stadtpräsidentin Sandra
Hess hat gesagt, dass es je nachdem Jahre geht, bis es durch ist. Warum wir jetzt schon für et-
895 was, das erst nachher angefangen werden kann und auch gemäss der Vorlage des Gemeinderats
erst sinnvoll ist, wenn man den Investor schon kennt, nämlich die ÜO für diese ZPP. Warum ha-
ben wir schon heute einen Kredit zu sprechen für das, wenn wir noch gar nicht wissen, wie unsere
ZPP schlussendlich aussehen wird, was man dort nach der zweiten Mitwirkung überhaupt machen
will und was dort überhaupt vorgesehen ist? Ich denke, wenn es so weit ist, dass man sagt, okay
900 wir haben jetzt nochmal eine zweite Mitwirkung gemacht und wir wissen jetzt, oder wir sind uns
im Stadtrat einig, aus der Bevölkerung geht hervor, was man dort haben will, wer kommt eventu-
ell. Dann gibt es nochmal die Möglichkeit, um zu diskutieren, wie die ÜO zur ZPP aufgegleist wird.
Dass es ein qualitätssicherndes Verfahren ist, kann man schon in der ZPP festschreiben, dass es
das sein muss. Aber wer das dann nachher finanziert, ist es ein Investor, ist es die Stadt, die das
905 finanziert? Ich verstehe nicht, warum wir das zum heutigen Zeitpunkt, so weit im Voraus, bestim-
men müssen und dafür einen Kredit sprechen müssen. Wir von der Fraktion Grüne/EVP sind voll
für die Stossrichtung 2. Wir finden es einen sehr guten Ansatz, dass man es wieder öffnet und
dort mehr städtebauliche Lösungen zulässt. Wir sind auch dafür, dass in dieser ZPP ein qualitäts-
sicherndes Verfahren vorgeschrieben wird für die Ausarbeitung der ÜO. Wir sind einfach sehr
910 skeptisch, dass man jetzt dazu einen Nachkredit beantragt, wo wir noch nicht an diesem Punkt
sind. Der Gemeinderat darf dem Stadtrat gerne ein Geschäft vorlegen, wenn diese ZPP sozusagen
durch das Plangenehmigungsverfahren durch ist und angenommen werden kann. Dann sind wir
durchaus offen, um das nochmal zu prüfen und anhand der Situation zu schauen, wer Interesse
haben würde, dort etwas zu machen und was dort hinkommt. Ich glaube, darum geht es hier
915 jetzt nicht. Sondern es geht um den Planungskredit für diese ZPP, wie es auch ganz am Anfang
des Geschäfts aufgeführt ist, dass es darum geht. Vielen Dank.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Besten Dank, ich erteile das Wort Sandra Hess.

920 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Ich komme nicht mit einem Plädoyer, sondern wirklich mit ei-
ner direkten Antwort. Ich glaube, jetzt haben wir uns richtig verstanden. Was wir jetzt in einem

ersten Schritt machen, sind die generellen Vorschriften für die ZPP. Das hat Hannah Kuby richtig gesagt. Nachher bringen wir das zur Genehmigung. Und im nächsten Schritt wäre die zweite Stufe von diesem qualitätssichernden Verfahren, dieser Studienauftrag mit fünf Teams. Und aufgrund der Ergebnisse dieses Studienauftrags würde man die Überbauungsordnung, also die Vorschriften für die Überbauungsordnung festlegen. Es ist, wie richtig gesagt wurde, man würde jetzt schon auf Stufe ZPP festlegen, dass es ein qualitätssicherndes Verfahren geben muss. Also da sind wir uns jetzt einig, wenn ich das richtig verstanden habe. Und jetzt noch zur Frage, wer diesen Wettbewerb oder Studienauftrag finanziert. Es ist richtig, es ist vorgesehen, dass es die Stadt Nidau ist. Darum habe ich vorhin gesagt, dass man heute nicht einfach Investoren findet, wenn sie nicht wissen, was die ÜO-Vorschriften sind. Aber selbstverständlich, man kann auch sagen, man solle schauen, ob man nicht jemanden findet.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wünscht Hannah Kuby gleich das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Bitte Luzius Peter.

Luzius Peter, SP: Guten Abend. Im Namen der SP-Fraktion möchte ich einen Sitzungsunterbruch beantragen, damit wir diesen kurzfristigen Antrag intern besprechen können.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Ist es in Ordnung, wenn wir die anderen beiden Redner kurz noch anhören und danach den Sitzungsunterbruch machen? Dann hören wir zuerst Martin Fischer und vor dem Sitzungsunterbruch René Dancet.

Martin Fischer, FDP: Ich möchte noch die Sicht der Investoren hier einbringen. Ich arbeite beruflich mit Grossinvestoren in der ganzen Welt. Es ist so, wie Sandra Hess sagt. Investoren gibt es viele. Es gibt auch viel Geld. Aber sie wollen etwas pfannenfertiges. Sie sind sehr risikoscheu und scheuen jedes kleinste Risiko, welches das ganze zum Scheitern bringen könnte. Darum sehe ich es als richtig an, dass die Stadt Nidau dort etwas Pfannenfertiges liefert, das rechtlich korrekt ist und der Investor sicher sein kann, dass seine Investition dort auch gut angelegt ist. Wir werden eben diese 10 bis 20 Jahre warten, wenn wir dort nicht sauber alles durchgemacht haben und dem Investor einen pfannenfertigen Rahmen liefern können. Wir müssen zuerst etwas investieren, damit wir etwas zurückbekommen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. René Dancet hat das Wort.

GLP-Fraktion, René Dancet: Jetzt macht es mir schon fast Angst. Wir müssen eigentlich nichts bauen, aber wir möchten etwas bauen und suchen Investoren. Aber er will das fixfertig, dass alle Risiken weg sind, vermutlich noch ein ganz tiefer Preis, wenn es dann darum geht, wie wir das Land geben oder es zur Verfügung stellen. Das macht mir etwas Sorgen. Ich möchte aber doch auch positiv sein. Ich finde, was Stadtpräsidentin Sandra Hess ausgeführt hat, die Vorinvestition, die Aare Seeland mobil, die Verkehrsbetriebe, die Landgeschäfte etc., ich glaube es ist richtig, in die Zukunft zu schauen. Es ist richtig, Schritte zu machen, um auch Optionen für die Zukunft zu eröffnen. Ich glaube, mit diesem Vorschlag, der jetzt kommt und den man vielleicht noch im Detail ausfeilen muss, schaffen wir auch daran, dass wir weitermachen können. Wir stoppen nicht, wir können noch einen Schritt machen, vielleicht gewinnen wir auch noch Zeit, um die Diskussion zu führen. Ich glaube nicht, dass in drei Monaten alles erledigt ist. Man könnte wirklich ein Schritt nach vorne machen und dann vielleicht nochmal darüber diskutieren, wie es weitergeht. Ich glaube von dem her, ist das ein guter Kompromiss, den wir heute eingehen könnten.

970 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Vielen Danke René Dancet. Um eine kurze Unterbrechung
der Sitzung zu machen, brauchen wir 8 Mitglieder des Stadtrats, die sich dafür einsetzen würden.
Vielleicht können Sie sich kurz erheben. Vielen Dank. Wir machen einen kurzen Sitzungsunter-
bruch von 5 bis 10 Minuten. Bitte bleiben Sie alle einigermassen im Raum. Sie können sich inner-
halb der Fraktionen aber selbstverständlich auch zwischen den Fraktionen austauschen.

975

[Die Sitzung wird unterbrochen.]

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung
wieder auf. Obwohl mir die Unterbrechung der Unterbrechung schwerfällt, hier ist es ja eigentlich,
980 das Feuer und die Lust am Debattieren. Aber ich möchte das Wort gleich der Stadtpräsidentin
Sandra Hess geben, vielleicht erübrigt sich dann die weitere Diskussion.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Jetzt hat der Stadtratspräsident Erwartungen geschürt. Wir
haben kurz überlegt, was der Gemeinderat für ein Angebot machen kann. Wir haben kurz auch
985 überlegt, ob wir das Geschäft zurückziehen wollen. Aber wir müssen wirklich sagen, es ist sehr
überraschend, wenn so ein Antrag so schnell kommt und man sich nicht in aller Ruhe überlegen
kann, was man für alternative Wege gehen könnte. Nach wie vor sind wir überzeugt, dass die
Stossrichtung zwei die richtige ist. Jetzt zuerst auf Stufe ZPP die Vorschriften festzulegen und
nachgelagert das qualitätssichernde Verfahren zu machen. Das Angebot, das ich vorhin gesagt
990 habe, dass man es spiegeln kann, wenn man die Resultate hat nach dem Studienauftrag, also
dem Verfahren, an dem fünf Teams teilnehmen werden, das bleibt natürlich bestehen. Das kann
ich gerne noch einmal wiederholen, dass wir das wieder mit Ihnen, der Bevölkerung, spiegeln
werden, im Sinne eines partizipativen Verfahrens, wie wir es bei der «Rue de Caractères» auch
machen. Das könnten wir uns vorstellen, dass wir diesen Weg machen werden, damit Sie dort
995 auch informiert sind, sehen, was läuft und sich auch nochmal dazu äussern können.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Der Gemeinderat hält am Antrag fest.
Die Diskussion ist hiermit wieder eröffnet, wem darf ich das Wort geben? Bitte Hannah Kuby.

1000 **Hannah Kuby, Fraktion Grüne/EVP:** Werte Stadtpräsidentin, werte Stadtratskollegen. Die
Fraktion Grüne/EVP hält am Änderungsantrag fest. Ich möchte aber nochmals detaillierter darauf
eingehen. Im vorliegenden Antrag sind in der Kostenzusammenstellung 50 000 Franken aufge-
führt für ZPP 5 am Bahnhof mit der Stossrichtung zwei, mit dem zweiten Mitwirkungsverfahren,
inklusive Auswertung und dem ganzen Plangenehmigungsverfahren. Zusätzlich sind 20 000 Fran-
1005 ken für rechtliche Abklärungen und 10 000 Franken für die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunika-
tion aufgeführt. Ich komme damit auf 80 000 Franken. Wir haben, gemäss unseren Unterlagen,
aktuell noch einen Restkredit des ursprünglichen Kredits im Umfang von 90 000 Franken. Unserer
Meinung nach ist es weiterhin so, wir unterstützen unsere Stadtpräsidentin und den Gemeinderat
vollumfänglich, dass wir die Stossrichtung zwei weiterverfolgen und auch dass es ein qualitätssi-
1010 cherndes Verfahren im späteren Schritt geben soll. Aber wir sehen weiterhin nicht ein, dass wir
jetzt schon den Nachkredit für das qualitätssichernde Verfahren sprechen. Wir möchten gerne ei-
nen Boxenstopp haben, wenn die ZPP vorliegt und wir alles haben, dann schauen wir das Ge-
schäft mit dem Kredit für die Überbauungsordnung zur ZPP gerne wieder an. Ansonsten unter-
stützen wir diese Richtung, wie es der Gemeinderat vorschlägt.

1015

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Hannah Kuby. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte
Monika Stampfli.

1020 **GLP-Fraktion, Monika Stampfli:** Die GLP-Fraktion dankt allen für die gute Diskussion und die Gedanken. Die zweite Stossrichtung finden auch wir passend. Auch wir möchten mittel- und längerfristig dieses Gebiet entwickeln. Dass wir Tempo rausnehmen, finden wir eine sehr gute Idee. Den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/EVP nehmen wir einstimmig an.

1025 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Luzius Peter.

1030 **SP-Fraktion, Luzius Peter:** In der SP-Fraktion ist diese Überbauung und die ZPP-Bahnhof nicht bestritten. Wir stehen dafür ein und unterstützen die Stossrichtung zwei. Nun gibt es in der Fraktion Meinungen, die den Antrag des Gemeinderats unterstützen und andere die den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/EVP unterstützen sowie einige Enthaltungen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Luzius Peter. Pauline Pauli hat das Wort.

1035 **Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli:** Danke für den Antrag. Die Bürgerliche Fraktion ist einstimmig gegen den Änderungsantrag. Der Grund ist, dass wir diese Variante zwei voll unterstützen und wir dem Gemeinderat unser Vertrauen mit einer langfristigen Vision aussprechen wollen. Darum sprechen wir uns für den Nachkredit aus, im Wissen darum, dass wir am Ende der ersten Etappe immer noch stoppen können, das Geld wird noch nicht verwendet und wir können immer noch Präzisierungen vornehmen oder das Projekt anpassen. Aber damit der Gemeinderat mit einer längerfristigen Vision arbeiten kann, lehnen wir diesen Änderungsantrag ab und unterstützen die Vorlage des Gemeinderats.

1040 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Pauline Pauli. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Dominik von Aesch.

1045 **Dominik von Aesch, SP:** Es wurde schon angesprochen von Luzius Peter, wir sind uns nicht ganz einig. Ich kann für mich sprechen, ich habe das Gefühl, dass auch ein Boxenstopp Geld kostet. Warten heisst, dass man in dieser Zeit auch zahlt. Es ist nicht so, dass man wartet und nichts zahlt. Sondern man wartet und man muss ja doch wieder für eine Vision eintreten und die Leute versuchen zu überzeugen für einen nächsten Schritt. Ich finde, es ist auch ein Zeichen gegenüber der Bevölkerung. Wenn man jetzt Ja sagt zu einem Geschäft, dann lässt man es durchlaufen mit einer Vision, wie es vorher angesprochen wurde. Wenn allenfalls ein Investor gefunden würde, was ich auch nicht denke, dann will er auch mitbestimmen. Er will dann auch sagen, was er bauen möchte. Und je früher wir ihn im Boot haben, desto mehr zahlt er natürlich, aber er will auch mitbestimmen. Sozialer Wohnungsbau beispielsweise - Fragezeichen.

1050 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Ratsmitte? Das ist nicht der Fall. Wünscht Stadtpräsidentin Sandra Hess noch etwas beizufügen? Das ist auch nicht der Fall. Dann gelangen wir zur Abstimmung über den Antrag.

1060 Der Antrag, im vorliegenden Beschlussentwurf die Punkte 2 und 3 zu streichen, wird mit 15 Ja / 13 Nein bei einer Enthaltung angenommen.

1065 Die Diskussion zu Gesamtgeschät ist offen. Wünscht jemand das Wort zum Geschäft? Das ist nicht der Fall. Wünscht die Stadtpräsidentin das Schlusswort? Bitte Sandra Hess.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Ja vielen Dank. Es wurde schon viel gesagt. Ich will nicht noch einmal ausholen. Ich danke, dass Sie alle sagen, dass die Stossrichtung zwei die richtige ist. Immerhin sind wir uns diesbezüglich einig. Wir werden die Arbeiten mit dem Restkredit machen, so weit wir diese ZPP in die Genehmigung bringen können. Ich möchte hier einfach sagen, dass ich dann nicht hören möchte, wenn wir in diese Genehmigungsphase gehen, dass wir keine Vision hätten und nicht genau wüssten, was wir wollen. Dort hoffe ich dann schon auf die Unterstützung der Parteien, die jetzt diesen Antrag angenommen haben, dass Sie dann auch helfen, dass die Planung so auf sehr hoher genereller Festlegungsstufe auch genehmigt werden kann. Ansonsten wäre wirklich das Geld verschwendet und das wäre sehr schade. Ich glaube, das wollen wir alle nicht. Und dann erlaube ich mir noch ein kleines Schlusswort oder einen Wunsch. Ich habe Verständnis für solche Anträge, das ist völlig in Ordnung, die kann man bringen. Aber wir wären sehr froh, wir hätten vorher Kenntnis davon. Wenn wir ein bis zwei Tage Vorlauf hätten, das würde schon sehr helfen, dann müssen wir nicht so Feuerwehrrübungen machen und könnten uns überlegen, ob man ein Angebot machen kann. Wie gesagt, Sie können diese Anträge natürlich machen, aber es ist schade, wenn wir in so einer Hektik uns überlegen müssen, was das richtige Vorgehen wäre. Also, der Antrag ist jetzt durchgekommen, wir haben jetzt genug Zeit, uns zu überlegen, wie wir weiterfahren.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Sandra Hess. Wir gelangen zur Schlussabstimmung inklusive des Änderungsantrags.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe e der Stadtordnung:

1. Für die Gestaltung des weiteren Planungsprozesses wird die Stossrichtung 2 weiterverfolgt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug der Stossrichtung 2 beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

9. Buslinie 4 - Berichterstattung

Ressort
Sitzung

Sicherheit
14.03.2024

nid 6.6.1 / 14

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir gehen zu Traktandum Nummer neun. Es geht um die Buslinie 4 und um eine Kenntnisnahme der Berichterstattung und die Abschreibung des Postulats P 266. Ich gehe davon aus, dass das Eintreten nicht bestritten wird und übergebe das Wort der zuständigen Gemeinderätin, Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Werte Anwesende, guten Abend. Sie haben einen sehr ausführlichen Bericht erhalten zu den Fragen, die der Postulant, gestellt hat. Wir haben in einem ersten Teil aufgezeigt, wie das Busnetz aufgebaut ist und wie sich die ÖV-Kosten berechnen. Wer sich die Mühe genommen hat, das zu studieren, hat gemerkt, dass dies eine hoch komplexe Angelegenheit ist. Wir haben aber auch aufgezeigt, dass ein Linienabschnitt sinnvollerweise nicht für sich betrachtet werden kann, sondern das Netz, die ganze Netzlogik, muss als

1110 Ganzes betrachtet werden. Im Geschäft vorher haben wir viel über Frequenz gehört. Also Nidau soll frequentiert werden. Wir haben auch über die Erreichbarkeit und Parkplätze gesprochen. Wir wissen alle, wir wollen mehr Leute in Nidau haben, aber wenn wir mehr Leute haben und diese alle mit dem Auto kommen, wird das nicht funktionieren. Es funktioniert ja schon jetzt zum Teil relativ schlecht. Darum ist es sehr wichtig, dass wir auch ein ganz attraktives ÖV-Angebot haben.

1115 Die Stärkung des ÖV ist auch behördenverbindlich in den übergeordneten Planungen festgelegt. Die Stärkung des ÖV ist in unserem Gesamtverkehrskonzept festgelegt. Es ist ein wichtiger Punkt, ein wichtiges Anliegen, dass man den Modal-Split - das heisst, wie viele Fahrten mit welchem Transportmittel genutzt werden - in Zukunft so gestaltet, dass man die erhöhte Mobilität noch bewältigen kann und das auch in einem nachhaltigen Sinn. Seit der Einführung der Buslinie

1120 Nr. 4 hat sich die Linie sehr etabliert. Das konnten Sie auch entnehmen in den Ausführungen zur Linie 4 und den Zahlen dazu, die wir im regelmässigen Austausch mit den Verkehrsbetrieben erhalten. Die Fahrgastfrequenzen entsprechen den Erwartungen der Verkehrsbetriebe und in diesem Sinn und mit all den Punkten, die ich erwähnt habe und die Sie auch im Bericht sehen, ist eine Reduktion der Fahrzeit, also vom Takt auch in Zukunft nicht vorgesehen.

1125

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Gemeinderätin Sandra Friedli. Ich möchte das Wort dem Urheber des Postulats geben, Oliver Grob.

Oliver Grob, Postulant: Guten Abend, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Besten Dank

1130 Sandra Friedli für die kurze prägnante Antwort. Ich versuche mich ebenfalls kurz zu halten. Ich habe vor etwas mehr als zwei Jahren gedacht, ich hätte acht einfache Fragen gestellt und habe nicht mit so einem Wahnsinnsbericht gerechnet. Vielleicht noch einmal, die Fragen waren: wie hoch ist die Auslastung der Linie 4 im Ganzen, wie hoch ist die Auslastung auf dem Nidauer Einzugsgebiet, die durchschnittliche Belegung zu den Stosszeitgen und noch eine durchschnittliche

1135 Belegung pro Fahrt im Tagesschnitt. Und noch ein paar weitere, die sind aber nicht so wichtig. Entsprechend war ich von der Antwort etwas erstaunt. Ich habe auch noch versucht, mich durch die Links schlauer zu machen, bin aber auf keine sinnvolle Antwort gekommen. Es waren dann noch irgendwelche Prozentzahlen, die wild im Raum standen, die ich aber in kein Verhältnis setzen konnte, weil es einfach keine Zahlen dazu gibt. Entsprechend will ich es auch gar nicht in die

1140 Länge ziehen, habe aber eine Bitte an meine Ratskollegen: Wenn Sie die Antwort des Gemeinderats ähnlich sehen wie ich, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die Abschreibung des Postulats nicht unterstützen würden und entsprechend die relativ klaren Fragen, die gestellt wurden, durch dieses Postulat nochmal beantworten lassen würden. Besten Dank.

1145 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Oliver Grob. Die Diskussion ist eröffnet. Gibt es Fragen oder Bemerkungen aus der Ratsmitte? Das scheint nicht der Fall. Wünscht Sandra Friedli das Schlusswort? Das ist auch nicht so. Somit schreiten wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1150 Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe b der Stadtordnung sowie Artikel 78 Absatz 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1. Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.
2. P 266 wird mit 20 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen abgeschrieben.

10. Fahrende – umwelttechnische und arbeitsrechtliche Kontrollen – Berichterstattung

Ressort
Sitzung

Sicherheit
14.03.2024

nid 1.4.3.4.2 / 3.2

1155

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum 10, den Fahrenden. Auch hier geht es um eine Kenntnisnahme der Berichterstattung und die Abschreibung der Motion M 209. Auch hier gehe ich davon aus, dass das Eintreten nicht bestritten wird und übergebe das Wort an die zuständige Gemeinderätin, Sandra Friedli.

1160

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Auch hier, freue ich mich, können wir Ihnen einen ausführlichen Bericht vorlegen, der meiner Meinung nach die gestellten Fragen beantwortet. Sie sehen in diesem Bericht, wie, von wem und welche Kontrollen durchgeführt werden können, welche Bereiche abgedeckt sind und wo es Lücken gibt. Das eigentliche Fazit von diesem Bericht ist aber, dass wir durch einen provisorischen Transitplatz hier in der Region eine deutlich bessere Möglichkeit haben mit dem Umgang, mit umwelttechnischen Arbeitsabläufen und Kontrollen. Auch der finanzielle Aspekt ist durch diese Legalisierung des Aufenthalts der Fahrenden eigentlich gegeben, denn so kann die Standortgemeinde von einem Transitplatz Mieteinnahmen generieren. Das hat sich auch bei uns gezeigt ab dem Jahr 2020, als wir ein standardisiertes Vorgehen hatten im Umgang mit den Fahrenden und wir die Infrastrukturkosten vollumfänglich abdecken konnten. Das zeigt, für die Region und insbesondere für die Stadt Nidau ist es sehr wichtig, dass wir diesen provisorischen Transitplatz haben und wir werden uns dafür einsetzen, dass wir den auch in Zukunft haben können, so dass eben die nötigen Kontrollen von den zuständigen Stellen vorgenommen werden können und auch die entsprechenden Einnahmen bei den richtigen Stellen vorhanden sind.

1175

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Sandra Friedli. Das Wort hat der Motionär, Oliver Grob.

1180

Motionär, Oliver Grob: Auch hier, besten Dank dem Gemeinderat für die Antwort. Ich möchte hier nur kurz eine Zwischenbemerkung machen betreffend provisorischem Transitplatz. Man hätte es auch sonst relativ gut im Griff, wenn man geltendes Recht konsequent umsetzen würde. Nichtsdestotrotz möchte ich mich für die Beantwortung der Motion bedanken. Die Antworten sind wirklich viel tiefgründiger, als in der vorherigen Antwort. Wahrscheinlich, weil sehr viel Copy-Paste ist vom Regierungsratsgeschäft, das übernommen wurde. Was erstaunlich ist, sind die vielen Unklarheiten in den Zuständigkeiten zwischen Kanton, Bund und Gemeinden. Entsprechend ist es lustig, dass plötzlich bei den Steuern Annahmen getroffen werden können, dass die Steuern sehr wahrscheinlich schon bezahlt werden. Ich hätte hier noch eine kleine Frage. Wenn ich sie hier nicht beantwortet bekomme, würde ich nachher noch eine Einfache Anfrage stellen. Und zwar, diese Steilvorlage musste ich nehmen, insgesamt hat die Stadt Nidau Erträge von 21 000 Franken und Aufwände von 15 000 Franken, exklusive der internen Dienstleistung der Stadt Nidau. Dort ist meine Frage, wie es aussehen würde, wenn man die internen Dienstleistungen der Stadt Nidau noch aufaddieren würde. Vielen Dank.

1185

1190

1195

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Möchte Sandra Friedli gleich reagieren? Bitte Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Die Zahlen, die wohl gewünscht sind, können hier nicht geliefert werden. Das ist klar, weil die Personen der Verwaltung, die jeweils mit illegalen Besetzungen beschäftigt waren, haben natürlich nicht immer Journal geführt, wann sie wie viel Zeit gebraucht haben. Was ich ganz klar sagen kann, ist, dass bis 2020, als wir noch kein standardisiertes Vorgehen hatten, der Arbeitsaufwand im Umgang mit den Fahrenden deutlich war. Das heisst, da haben wir ganz sicher keinen Gewinn gemacht. Da wurden den Fahrenden ja auch noch keine Infrastrukturkosten verrechnet. Seit 2020, seit wir diesen standardisierten Ablauf haben, hat man wirklich die Arbeitsaufwände auf der Verwaltung deutlich verringern können. Das verlief wie abgemacht, standardisiert und ging entsprechend effizient. Von dem her gehe ich davon aus, dass es am Ende des Tages wahrscheinlich ein Nullsummenspiel ist.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Friedli. Die Diskussion ist eröffnet, wünscht jemand das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir schreiten zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 54 Abs. 2 Bst. b der Stadtordnung sowie Art. 78 Abs. 2 Bst b der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.
2. M 209 wird einstimmig abgeschrieben.

11. I 144 Finanzielle Risiken im Zusammenhang mit dem Verteilnetz Nidau

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
14.03.2024

nid 0.1.6.2 / 7.8

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir gelangen zu Traktandum 11 und damit zu den parlamentarischen Vorstössen. Wir beginnen mit der Interpellation 144 im Zusammenhang mit den finanziellen Risiken des Verteilnetzes Nidau. Das Wort hat zuerst Gemeinderat Beat Cattaruzza, der heute Tobias Egger vertritt.

Stv. Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Beat Cattaruzza: Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, ich vertrete hier das Geschäft von Tobias Egger und auch den Gesamtgemeinderat. Ich möchte darauf eingehen, was am Anfang der Sitzung unser Stadtratspräsident gesagt hat. Die wichtigsten Punkte, die wichtigsten Herausforderungen, die wir hier in dieser Gemeinde haben, sind Energie, Finanzen und ich habe noch Infrastruktur reingenommen und das Thema Zwischennutzungen, die angesprochen wurden. Das Geschäft spricht die finanziellen Risiken bei uns im Netz an. Ich glaube, da muss man wissen, dass dieses Thema weit zurück geht. Der Gemeinderat hat das Geschäft 2019 aufgenommen. Es wurde ein Projekt für die Erarbeitung der Eigentümerstrategie ins Leben gerufen und der Stadtrat hat letzten Herbst beschlossen, dass der Weg der Aktiengesellschaft weiterverfolgt wird. Wir haben am Anfang in der Fraktionserklärung gehört, dass man jetzt informiert wird. Sie haben alle gelesen, was die Antworten auf diese Interpellation sind. Ich glaube, dort sieht man die Zusammenhänge, aber natürlich ist das ein Prozess. Der Gesamtgemeinderat ist sich dem durchaus bewusst, was das für Nidau heisst, was die Konsequenzen sind. Wenn man eine Gruppe bilden möchte, müssten wir das intern zuerst anschauen. Klar, wurde das in der Finanzstrategie so umgesetzt und für mich war es persönlich auch ein entscheidender Teil, dass man das Parlament dort reinnimmt. Ich persönlich finde es sehr gut, wenn man Transparenz schafft. Das ist auch das, was gefordert wird. Die Unstimmigkeiten, die bei den

1245 beiden Anlässen für den Stadtrat aufkamen, von diesen beiden Positionen, haben wir aufgenommen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, damit die offenen Fragen im Kontext beantwortet werden können.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Beat Cattaruzza. Ich gehe davon aus, dass der Interpellant etwas dazu sagen möchte. Das ist der Fall? Gemäss Artikel 75 Absatz 6 der Geschäftsordnung brauchen wir acht Mitglieder des Stadtrats, welche eine Diskussion zulassen würden. Wer die Diskussion zulassen möchte, möge sich bitte erheben. Die acht Stimmen sind gegeben, bitte René Dancet.

Interpellant, René Dancet: Besten Dank für die Ausführungen zu diesem Thema. Danke auch an den Gemeinderat für die ausführlichen Informationen zu meiner Interpellation. Wir reden von finanziellen Risiken und Finanzen sind auch immer Zahlen. Von dem her möchte ich hier nicht auf viele - es ist schon etwas spät - aber gerne auf zwei Zahlen eingehen. Ich habe in der Antwort ganz viele Zusatzinformationen erhalten. Das habe ich gar nicht gefragt, aber es ist interessant. Leistungsspitzen, Auslastung von Trafostationen und solche Sachen. Das schätze ich auf der einen Seite sehr und man lernt immer viel. Es ist ein komplexes Thema. Und auf der anderen Seite freut es mich auch, dass jetzt in diesem laufenden Prozess eine Auseinandersetzung mit - ich habe mir aufgeschrieben - relevanten Kennzahlen langsam erfolgt. Man hat plötzlich ein Gefühl für Investitionen, Betriebskosten, was leistet ein Trafo und so weiter. Ich glaube, es ist wichtig. Man kann nicht sagen, es ist ein wichtiges Geschäft, aber wir haben keine Ahnung. Also wir kommen da langsam rein. Von dem her gut. Die zentrale Frage war aber, was die erwarteten Kosten und Investitionen in den nächsten fünf bis zehn Jahren sind. Und ich möchte nur kurz auf Investitionen eingehen. Wenn ich das gut durchlese, dann sagt man mir, dass wir in den letzten zehn Jahren 1,8 Millionen Franken investiert haben. Und in den nächsten Jahren sind es noch 0,5 Millionen Franken - immer pro Jahr. Also 1,8 Millionen Franken pro Jahr oder 0,5 Millionen pro Jahr. Ich habe dann nachgeschaut und die Finanzplanung angeschaut, das habe ich heute schon in einer anderen Situation erwähnt, dass gewisse Jahre in der Finanzplanung mit Null drin sind. Das sehe ich als schwierig an. Dazu kommt aber die Ausführung, die Beat Cattaruzza erwähnt hat. Der Zustand und Buchwert des Verteilnetzes, da sind wir nicht so ganz sicher, ob dieser Zustand wirklich gut ist oder nicht so gut. Das ist schwierig einzuordnen. Wenn ich jetzt die Zahlen anschau, 1,8 Millionen Franken oder 0,5 Millionen Franken pro Jahr. Vielleicht auch 2,5 Millionen Franken pro Jahr, das sind alles Jahreswerte. Übrigens nicht im Zusammenhang mit Rechtsformen. Es geht um Investitionen in Anlagen, welche Rechtsform spielt da nicht so eine Rolle. In diesem Sinn bin ich mit der Antwort des Gemeinderats nicht wirklich befriedigt. Positiv aber, ich bin zuversichtlich und bleibe auch positiv. Der Gemeinderat sagt, und das finde ich gut, dass er sich den finanziellen Risiken bewusst ist. Die Situation weiter verfolgen - nicht zurück, sondern nach vorne schauen - und vor allem will der Gemeinderat die Erkenntnis in eine Zielnetzplanung einfließen lassen. Und das finde ich gut. Das finde ich echt gut, dass man es aufnimmt, in eine Planung reinbringt und da - wünschen darf man sich viel - glaube ich, wäre es sinnvoll, wenn wir diese Zielnetzplanung möglichst schnell aufgleisen und möglichst schnell in die Finanzplanung und ins Budget reinnehmen könnten. Im besten Fall in den nächsten Finanzplan, damit wir die Zahlen drin haben. Ob diese stimmen oder nicht, ist eine andere Geschichte. Aber wir haben die Zahlen drin und sagen, das ist unser Plan und das ist die Folge auf der finanziellen Seite. Das als zweit-

1275
1280
1285

1290

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke René Dancet. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wünscht Beat Cattaruzza ein Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall.

12. I 145 Verwaltung von Bootsplätzen und Abbruch Schloss-Strasse 21Ressort
SitzungHochbau
14.03.2024

nid 0.1.6.2 / 7.9

1295 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 12, die Interpellation 145, die Verwaltung von Bootsplätzen und Abbruch Schloss-Strasse 21. Möchte der zuständige Gemeinderat Joel Schweizer einleitend das Wort? Das ist der Fall, bitte schön.

1300 **Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer:** Lieber Interpellant, vielen Dank für den kritischen Blick. Die Fragen wurden hoffentlich zufriedenstellend beantwortet. Ich möchte nur kurz zwei, drei Dinge ergänzen. Die Interpellation nimmt Bezug auf einen Artikel im Bieler Tagblatt, wo die Sache ausführlich dargestellt worden sei. Und dazu wurde geschrieben: «Auffallend ist, dass die Beweggründe der Stadt weniger mit der bisherigen Nutzung, Vermietung der Pavillons oder mit einer defekten Heizung zu tun haben, sondern viel mehr mit der zukünftigen Nutzung des Arealen». Die Berichterstattung ist nicht immer rundum objektiv, weil es auch Aspekte gibt, die zum Beispiel dem Amtsgeheimnis unterstehen und nicht einfach rausgeplaudert werden dürfen oder aus anderen Gründen nicht im Artikel erscheinen. Wenn die Frage nach den Kosten im Vordergrund steht, dann möchte ich nur noch kurz anmerken, dass Nidau letztes Jahr für über 6 000 Franken Heizöl und für über 4 600 Franken Strom für die Baracke bezahlt hat. Gegenüber 8 400 Franken Mieteinnahmen. Wer rechnet, kommt auf ein Minus von 2 300 Franken für ein Gebäude im Finanzvermögen, das eigentlich Gewinn abwerfen sollte. Im Jahr 2022 waren es knapp 2 000 Franken im Minus. In eine kaum isolierte Baracke, die nicht mal ein Bijou ist, noch mehr Geld zu investieren, ist einfach nicht zielführend. Gerade wenn überall gespart werden muss und aus ökologischer Sicht ist es sowieso unglaublich, wie wir dort die Umgebung geheizt haben. Dass ist einer Stadt, die Energiestadt ist, nicht würdig. Nidau soll zu den Finanzen schauen und das ist hier der Fall, indem geschaut wird, dass die Einnahmen die Ausgaben übersteigen und der Umwelt Rechnung getragen wird.

1320 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Gemeinderat Joel Schweizer. Auch hier möchte sich der Interpellant äussern, ist das richtig? Auch hier brauchen wir acht Stimmen, die sich für die Diskussion äussern. Das ist hiermit der Fall. Bitte René Dancet.

1325 **Interpellant, René Dancet:** Danke auch hier dem Gemeinderat für die Ausführungen und insbesondere die schnelle Antwort. Ich habe mich eine Zeit lang gefragt, ob das im März kommt oder ob es Juni wird. In diesem Sinn bin ich sehr dankbar, dass wir das heute, auch wenn es spät ist, noch diskutieren können. Ich habe das Bieler Tagblatt gelesen und dort habe ich einen Eindruck erhalten. Das war sicher auch einen subjektiven Eindruck und der hat - nicht alleine - aber tatsächlich dazu geführt, dass ich eine Interpellation einreichte. Ich wollte heute nicht viel zu diesem Pavillon sagen. Wenn wir aber sagen, er ist nicht isoliert und es werde viel Geld ausgegeben. Ich konnte die Zahlen nicht so schnell zusammenzählen, aber es war vermutlich viel Geld. Da gehen mir zwei Dinge durch den Kopf. Erstens, der Pavillon ist ja vermietet und vielleicht ist es auch eine Variante zu sagen, wir haben Kosten und die müssen wir in Rechnung stellen oder sie müssen selbst übernommen werden, dann können wir noch darüber sprechen. Da ist die Frage, wie offen man ist. Man kann nicht sagen, wir haben ein finanzielles Thema aber diskutiert es nicht mit dem Mieter. Das ist das eine und das andere ist, dass wir noch andere Flächen haben. Ganz nahe an diesem Pavillon, grössere Kubaturen, wo wir vermutlich deutlich mehr Öl und Geld reinstecken. Aber da wollte ich gar nicht so fest darauf eingehen. Aber weil es angesprochen wurde, auch diese Rückmeldung. Die Antworten, die wir erhalten haben, zeigen schon, wie eindrücklich

so ein Geschäft ist und auch die finanzielle Abbildung. Es waren zwei, drei Gemeinderatsbeschlüsse. Wenn ich hier feststellen darf, hat der Gemeinderat 50 000 Franken für den Abbruch der Baracke am 7. November 2023 beschlossen. Es heisst in der Antwort, dass es im Budget aufgenommen wurde, als Nachkredit. Das habe ich gelesen und habe es nicht verstanden. Entweder ist etwas im Budget, dann ist es im Budget. Oder es ist nicht im Budget und dann gibt es einen Nachkredit. Da verstehe ich die Antwort nicht ganz. Ich interpretiere, dass man es eben nicht aufgenommen hat im Budget, sondern man hat im November 2023 einen Nachkredit durch den Gemeinderat freigegeben. Weitere 75 000 Franken wurden im März 2023 als Verpflichtungskredit durch den Gemeinderat freigegeben. Die müssen glaube ich nicht budgetiert werden, so habe ich gelesen. Irgendwie wäre es im Finanzplan doch schön gewesen. Ich habe es so auf die Schnelle nicht gefunden, aber vielleicht habe ich da auch am falschen Ort geschaut. Der Punkt ist, dass beide Geschäfte zusammen, man kann sagen, dass wir finanztechnisch korrekt sind, das will ich hier auch nicht zu fest in Frage stellen, aber beide Geschäfte zusammen haben eine Grössenordnung, die für den Stadtrat trotzdem interessant sein könnte. Es geht um grosse finanzielle Mittel, wo ich finde, es gibt vielleicht auch den Moment, wo man ein Geschäft dem Stadtrat vorlegen und thematisieren kann und auch die Legimitation und eine Bestätigung hat und dann freien Weg hat und solche Diskussionen wie heute vermieden werden können. Ob diese Geschäfte, Abbruch Pavillon und Bootsplätze zusammenhängen, das war auch ein Thema. Ich persönlich war der Meinung, dass es schon einen Zusammenhang hat, weil man ja Bootsplätze hinmachen will, wo heute ein Pavillon ist. Aber da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Es wird immerhin darauf hingewiesen, dass beide Geschäfte in Bezug auf Nutzung von Trockenplätzen durchaus in einem Zusammenhang stehen. Also irgendeinen gewissen Zusammenhang gibt es. Und jetzt komme ich zur Notwendigkeit, das habe ich heute schon mal gefragt. Brauchen wir es? Und in diesem Zusammenhang waren die Fragen, wie viele Plätze man früher hatte, wie viele Plätze hat man jetzt. Ich habe versucht, das alles zusammenzustellen und komme darauf, dass früher auf der Parzelle 17 etwa 200 Boote abgestellt waren. Ein bisschen chaotisch, einverstanden, aber sie waren dort. Und jetzt, was hat man gemacht? Man hat den Boden saniert, einen Zaun gemacht, Geld investiert, Markierungen gemacht. Und ich möchte hier einfach noch betonen, dass wir in Nidau auch Strassen haben, wo Schulkinder darauf laufen, wo die Bodenmarkierungen miserabel sind. Aber diese bei den Booten sind wunderschön, das hat man gemacht. Und was hat rausgeschaut? Neu haben wir, wenn ich es richtig gelesen habe, noch 98 Plätze. Also wir haben die Anzahl Plätze mit dieser Massnahme eigentlich halbiert. Weil man macht eine professionelle Bewirtschaftung, man gibt dafür Geld aus aber man halbiert die Menge. Und jetzt kommt der Pavillon. Von den 200 geht man runter auf 100. Und im Pavillon hat man, wenn man es stehen lässt, wenn ich es richtig verstanden habe, etwa 17 Plätze und sonst 28. Also bei allem, was wir machen, haben wir am Schluss weniger Bootsplätze, aber haben Geld investiert in die Geschichte. Da stellt sich für mich schon die Frage, ob wir dort das Richtige machen. Ist es das Ziel der Übung, dass man etwas Professionalisiert, aber weniger Wirkung und mehr Kosten hat. Und jetzt kommt noch der letzte Punkt. Ich bin mit dem Hund dort spazieren gegangen und zähle die Boote auf der anderen Seite, hinter dem Zaun. Dort sind im Moment 70 Boote. 70 Boote auf einem Platz, der nicht saniert ist, keinen Zaun hat, keine Bodenmarkierungen, alles tipp topp. Das CTS verwaltet die und ich hatte das Gefühl, es funktioniere irgendwie. Aber da bin ich unsicher geworden und habe mich gefragt, ob es für diese Geschichte nicht auch andere Lösungen gibt, ohne dass man Geld investiert, Verwaltung aufbaut und letztlich auch, wie erwähnt, die Schlagzeilen im Bieler Tagblatt auslöst und rund um den Pavillon Diskussionen führt, was aus meiner Sicht nicht zwingend nötig ist. Also ich glaube, wir haben da sicher nicht das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis und in diesem Sinne macht es keinen Sinn, das rückgängig zu machen. Der Platz ist schön markiert, dann nutzen wir ihn so

1385 gut wie es geht. Aber vielleicht würde es trotzdem mal Sinn machen, mit der CTS Biel zu sprechen. Sie machen es scheinbar auch und das scheint relativ einfach zu funktionieren. Das wäre vielleicht einen Weg für eine Zusammenarbeit, die Sinn machen könnte. Das ein paar Gedanken zu später Stunde. Jetzt bin ich fertig für heute. Vielen Dank.

1390 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke René Dancet. Die Diskussion ist aber noch nicht beendet. Leander Gabathuler wünscht das Wort.

Leander Gabathuler, SVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Interpellation auch mitunterschrieben und das aus mehreren Gründen. Ich möchte diese noch ein bisschen ergänzen.

1395 Die Gründe waren, Verdacht auf Überschreitung von Finanzkompetenzen, indem der Gemeinderat eigentlich zusammenhängende Projekte auseinandernimmt. Zweitens, unsauberes Vorgehen, es gab keine Abbruchbewilligung. Und drittens, fehlende Dringlichkeit und auch fehlender Respekt gegenüber Mieterschaft und Bootsbesitzenden. Vorab möchte ich festhalten, dass wahrscheinlich die ursprüngliche Absicht des Gemeinderats gut war, endlich aufzuräumen. Es war ja wirklich

1400 nicht so ein Bijou dort. Die Absicht war wohl positiv, so jetzt räumen wir auf, das ist unsere Visitenkarte vorne am See. Im Sommer laufen viele Leute durch, es muss eine Falle machen. Ganz und gar nicht positiv war das Vorgehen und wie die Absicht aufzuräumen, umgesetzt wurde. Die Sache ist der Stadt wahrscheinlich ziemlich über den Kopf gewachsen, wie wir mittlerweile wissen. Das allein zeigt, dass es wahrscheinlich besser gewesen wäre, zu uns in den Stadtrat zu

1405 kommen. Also die Antwort zu dem ersten genannten Punkt, warum dieses Geschäft nicht zu uns gebracht wurde, hat mich gar nicht überzeugt. Es hat eigentlich mehr Fragen aufgeworfen. Das hat auch meinen Eindruck bestätigt, dass der Gemeinderat diese Geschäfte nicht irrtümlich so zufällig nacheinander gebracht und gemerkt hat, dass man da ja noch etwas machen könnte. Sondern dass er es wohl sehr bewusst nicht dem Stadtrat vorlegte. Das dürfte eigentlich aus meiner

1410 Sicht nicht sein. Für mich hat dieses Geschäft nicht nur finanzielle, sondern auch inhaltliche Dimensionen, die definitiv würdig sind, damit in den Stadtrat zu kommen. Zweitens zur Abbruchbewilligung. Auch hier verschwurbelt der Gemeinderat aus meiner Sicht die Tatsachen. Nämlich auf die Frage, ob eine Bewilligung vorgelegen sei, antwortet der Gemeinderat mit Ja, fügt dann aber an, dass eine solche nachträglich nachgereicht worden ist. Und als Zusatzinfo, das war am 14.

1415 Dezember im Amtsanzeiger. Also Wochen nachdem der Fall publik geworden ist. Man hat es wahrscheinlich einfach vergessen. Drittens, als ich den Zeitungsartikel gelesen habe, habe ich gedacht, dass kann doch nicht sein, dass wir Räumlichkeiten an eine Privatperson über Jahre einfach gratis zur Verfügung stellen und alle anderen sollen ihre Mieten und Rechnungen zahlen und Verträge einhalten. Da würde ich mir als Mieter in einer Nidauer Liegenschaft ziemlich blöde vor-

1420 kommen. Eben nochmal zum Titel, man wollte aufräumen und das ist ja gut. Aber eben, wie man es dann gemacht hat, das hat doch schon einige Fragezeichen aufgeworfen. Und vor allem auch den Zeitpunkt, wenn es sich um einen Randständigen gehandelt hatte, ihn mitten im Winter auf die Strasse zu stellen, das finde ich, war ziemlich deplatziert. Man hätte ja auch noch ein paar Monate warten können. Damit aber nicht fertig, wir haben ja noch die viel zitierten Bootsbesitzer,

1425 die irgendwann Ende oder Mitte letzten Jahres eine Kündigung erhalten haben und sich bei der Stadtverwaltung gemeldet haben. Die haben sich dann bei uns gemeldet, weil man bei der Stadtverwaltung niemanden erreichen konnte. Über Wochen keine Antwort erhalten. Man hat sie einfach in den Regen gestellt. Wie viele Bootsbesitzer jetzt eben keinen Platz mehr haben, wissen wir nicht. Ich finde dieses Vorgehen respektlos. Und basierend auf der Antwort, die hier vom Gemeinderat vorliegt, bin ich nicht ganz sicher, ob er sich bewusst ist, dass da Fehler passiert sind, dass man Massnahmen einleiten sollte, damit diese nicht mehr passieren. Ich weiss nicht, ob wir das nicht in der einen oder anderen Kommission noch nachbearbeiten müssen.

1430

1435 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Leander Gabathuler. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht Joel Schweizer das Schlusswort? Das ist nicht der Fall.

Einfache Anfragen

1440 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Damit kommen wir zu den einfachen Anfragen. Mit liegt eine einfache Anfrage von Tobias Soder vor. Ich erteile das Wort Tobias Soder.

1445 **Tobias Soder, GLP:** Vielen Dank. Ich versuche es kurz zu halten. Seit der Ablehnung der Sanierung 2021 wurde es, abgesehen von der Motion M 205, ruhig um das Guggerhaus. In der Antwort auf die Motion 205 hat der Gemeinderat festgehalten, dass er den Planungsprozess für das Gebiet der Vorstadt Süd mit hoher Priorität vorantreiben will. Auch wurde die Vermietung des Guggerhauses als Ziel des Gemeinderats erwähnt. Wie ist diesbezüglich der aktuelle Stand?

1450 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Tobias Soder. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat Joel Schweizer, um die einfache Anfrage zu beantworten.

1455 **Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer:** Lieber Tobias Soder, nach einer gescheiterten Volksabstimmung braucht es eine Pietätsfrist, bevor wir mit dem nächsten Projekt kommen. Natürlich ist schon wieder einige Zeit vergangen. Ein Geschäft zur «Sanierung light» ist geplant. Wir werden das Haus nicht ohne Sanierung vermieten können. Das ist klar. Also müssen wir dort ein Projekt starten. Wir werden damit wieder vor den Stadtrat kommen und wie es nachher weitergeht, werden wir dann sehen, ob wir damit durchkommen.

1460 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Joel Schweizer. Wir haben eine weitere einfache Anfrage von Martin Schwab, bitte.

1465 **Martin Schwab, SP:** Es war eine lange Sitzung, wir sind alle müde, ich will es auch nicht mehr gross in die Länge ziehen. Aber ich möchte doch noch auf den Punkt zurückkommen wegen dem Pavillon, der angesprochen wurde. Ich bin nicht sicher, wer alles das Schreiben erhalten hat von den Gebrüder Modler. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Möglichkeit anbieten, dass man das Pavillon anschauen kann. Ich habe das wahrgenommen und zur Freude darf ich sie hier auch begrüssen. Wenn Sie noch Fragen haben, können Sie sich direkt an sie wenden. Ich schätze es sehr, dass sie heute da sind. Meine kleine Anfrage bezieht sich darauf, warum man an diesem Abbruch des Pavillons festhalten möchte. Ich habe ein Argumentarium, viele Punkte, die wir angesprochen haben. Also die defekte Heizung, Risse im Öltank, marode und baufällig, entspricht energetisch nicht den aktuellen Normen. Ich war vor Ort und habe das angeschaut und fand, dass es eigentlich wahnsinnig cool ist für eine Zwischennutzung. Für einen Co-Working-Space, wie es jetzt drin ist. Es wäre ein riesiger Verlust, wenn man an diesem Abbruch festhalten würde. Ich möchte gerne fragen, was da jetzt wirklich der Grund ist, dass man an diesem Abbruch festhalten will, da ja seitens den Gebrüder Modler viele Argumente entkräftet werden konnten und immer ist man wieder mit einem neuen Punkt aufgetaucht. Was ist der wirklich der Beweggrund für den Abbruch?

1470

1475

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Martin Schwab. Ich erteile das Wort wiederum dem zuständigen Gemeinderat Joel Schweizer.

1480

Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer: Lieber Martin Schwab. Es ist überraschend, kommen noch mehr Anfragen. Ja, wieso will man den Pavillon abreissen. Ich habe es erläutert. Es ist wirklich so, die Heizung ist kaputt. Dort noch mehr in eine Heizung zu investieren, erstens kann man eine Ölheizung nicht ersetzen. Das ist mit unseren Gesetzgebungen nicht möglich. Und mit Elektroheizungen, das wissen Sie genau, ist es völlig sinnlos und auch nicht erlaubt, dass man dort eine Elektroheizung einbaut. Und wenn man das Gebäude heizt, das sieht man, wenn man dort ist, dann geht es einfach zum Dach raus, zu den Wänden raus. Es ist nicht zielführend, dort etwas zu machen, was eine Heizung braucht. Wenn man es ungeheizt nutzen möchte, wäre das eine andere Möglichkeit. Aber wir wollen ja auch mit den Finanzen vorwärtskommen. Wir wollen schauen, dass wir gewinnbringend sein können. Wir sehen es, aus allen Richtungen kommen sie und drücken sie. Wir müssen sparen, wir müssen sparen. Wenn wir dann an einem Ort ein Projekt haben, wo man wieder Geld reinholen kann, dann wird es dann auch wieder nicht gutgehen. Also es geht mir nicht darum, dass wir dort einfach alles wegputzen, sondern eben dass wir ein Projekt haben, womit wir auch Nidau vorwärts bringen können. Ich weiss nicht, was ich noch mehr dazu sagen soll. Es kann gerne dazu eine Interpellation gemacht werden, damit wir das noch weiter behandeln können. Aber mehr gibt es dazu fast nicht zu sagen.

1490

1495

1500

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Joel Schweizer. Gibt es weitere einfache Anfragen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit wären wir durch mit den politischen Geschäften und wir kommen zu den Mitteilungen.

Mitteilungen

1505

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Bevor wir die Sitzung schliessen, möchte ich Raum geben für eine Verabschiedung. Und zwar geht es um Paul Blösch, der die Politik in unserer Region unglaublich lange geprägt hat. Paul wird per 15. März 2024 aus dem Stadtrat austreten. Ich erteile das Wort Michael Rubin und Paul Blösch.

1510

1515

1520

1525

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, jene, die es zu Hause lange am Bildschirm ausgehalten haben und vor allem lieber Paul, auch zu später Stunde noch ein herzliches Gutenabend von meiner Seite. Heute Abend, wir haben es schon gehört, verabschieden wir ein politisches Urgestein, und zwar ein regionales. Paul Blösch hat nämlich während 18 Jahren im Bieler Stadtrat gewirkt und die letzten acht Jahre, die Verwaltung hat nachgeschaut, hat Paul Blösch das politische Geschehen in Nidau mitgeprägt als Stadtrat, als Mitglied der Aufsichtskommission und bis zuletzt in der GPK. Die letzten beiden Kommissionen hat Paul Blösch während je zwei Jahren mit viel Geschick als Präsident geführt. Viele Stunden sind wir zwei, natürlich noch andere, im Sitzungszimmer im Turm gesessen. Wir sind lange Weggefährten und in den gleichen Kommissionen gesessen. Wir haben Akten durchforstet, Reglemente gelesen, diskutiert und an Formulierungen geschliffen. Ein Satz ist dabei immer mal wieder gefallen. Zwar, «ich will ja eigentlich nicht, aber ich werde den Schulmeister nicht los», so sagte Paul, ein ehemaliger Lehrer. Dann hat er angefügt «(...) wenn wir schon dabei sind, da ist noch ein Kommafehler, korrigieren wir den doch auch noch». Das bringt es eigentlich auf den Punkt. Paul Blösch war immer top vorbereitet. Auch nach stundenlangen Sitzungen wach und frisch, Dossier sicher und mit dem Ratsbetrieb bestens vertraut, immer loyal aber mit ausgeprägter eigener Meinung. Er ist sehr detailgenau, aber nie ein «Tüpfelchisser». Er hatte immer – wir haben auch heute wieder eine Kostprobe erhalten – eine gute Portion Humor und Selbstironie. Mit Paul Blösch verlässt ein

grosser Natur- und Menschenfreund die lokalpolitische Bühne. Ganz herzlichen Dank für dein Engagement, deine Unterstützung, dein Tun und dein Sein, wir werden dich in der Fraktion schmerzlich vermissen. Und jetzt wünschen wir dir ganz viel Freude und Spass beim Nutzen der neugewonnenen Freizeit. Herzlichen Dank!

Paul Blösch, EVP: Dann kommt noch meine Abschiedsrede. Vielen Dank Michael für diese wertschätzenden Worte. Das freut mich sehr. Rückblickend auf diese sieben Jahre, ich habe sieben gerechnet, aber es waren wohl acht, in denen ich im Nidauer Stadtrat mitwirken durfte, möchte ich als erstes danke sagen. Danke dem Stadtrat und ich möchte dem Stadtrat ein Kränzchen winden für dieses gute Klima, das wir hier im Rat haben. Sachliche Diskussionen über die Parteigrenzen hinweg, das Ringen um tragfähige Lösungen zum Wohl unseres Stedtlis, das hat unsere Arbeit geprägt. So habe ich es auf jeden Fall erlebt. Auch die gute Zusammenarbeit in den Kommissionen, die Unterstützung der Personen der Stadtverwaltung, habe ich in dieser Zeit als sehr angenehm und hilfreich erlebt. Auch im Gemeinderat, der jedenfalls bis Ende letzten Jahres aus meiner Sicht gut und lösungsorientiert zusammengearbeitet hat, möchte ich herzlich danken. In meinen fast 17 oder 18 Jahren im Bieler Stadtrat habe ich das Klima dort im Stadtrat, wie auch im Gemeinderat anders wahrgenommen. Dort hat man mehr Blockpolitik gemacht, hat nicht selten gegeneinander geschossen und andere Meinungen wenig respektiert. Hier in Nidau hat man einander immer zugehört, hat auch Voten aus dem anderen politischen Lager gelten lassen und hat auch immer wieder gemeinsame Lösungen gefunden, bei denen es nicht nur Gewinner und Verlierer gegeben hat. Auch heute Abend durften wir das erleben. Darum trägt Sorge zum Klima hier im Rat und wehret dem Klimawandel.

Ein besonderer Dank gehört auch meiner Fraktion mit den Grünen. Wir zwei von der EVP waren hier die Juniorpartner. Das sagt der Älteste des Rats. Die Juniorpartner, zwei gegen fünf – nein, es waren eben zwei mit vier oder fünf. Wir hatten es wirklich gut zusammen. Auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung waren, hat man sich respektiert. Wir haben nie Druck für eine einheitliche Fraktionsmeinung erlebt.

Wenn ich jetzt aus dem Stadtrat zurücktrete, dann geschieht das nicht aus Frust, sondern aus Überzeugung, dass nämlich die Zeit gekommen ist, einer jüngeren Person Platz zu machen. Und ich freue mich sehr, dass ab der nächsten Sitzung Eliane Geiser, die hier beim Publikum sitzt, die gut 35 Jahre jünger ist als ich, mit Marlene zusammen das EVP-Fähnchen hier im Rat hochhalten wird. Ich wünsche Eliane Geiser schon jetzt einen guten Einstieg und viel Freude an ihrer neuen Arbeit. Ihnen allen wünsche ich für eure weitere Arbeit viel Ausdauer, gescheite Ideen und nachhaltige Entscheide. Als kleines Abschiedsgeschenk der EVP habe ich allen ein kleines Glas Honig hingestellt. Honig, der von evangelischen Bienchen in der Region zusammengetragen wurde und Ihnen die nächste Zeit etwas versüssen soll. In diesem Sinn, auf Wiedersehen bei einer anderen Gelegenheit.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank, Paul Blösch. Natürlich danke ich auch im Namen des Ratsbüros für deine Worte, den evangelischen Honig und das langjährige Engagement. Mir ist zugetragen worden, dass François Zahnd noch ein paar Worte sprechen will, ganz kurz vor dem Ende der Sitzung.

Vize-Stadtratspräsident, François Zahnd: Mir ist zu Ohren gekommen, dass es nicht nur die erste Stadtratssitzung ist, die Stefan Dörig heute leitet, sondern sein Kollege von der Partei hat mir gesteckt, dass er heute Geburtstag hat und wir möchten Stefan Dörig herzlich gratulieren.

1575 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Vielen herzlichen Dank. Ich hoffe, wir können später noch
anstossen. Zuerst möchte ich mich aber noch ganz kurz bedanken bei allen Beteiligten für den
heutigen Abend. Danke für das Ausharren in den Zuschauerrängen und auf der Presseloge. Die
nächste Stadtratssitzung findet am 13. Juni statt. Dann mit Eliane Geiser, auf die wir uns freuen.
Bis dahin wünsche ich allen einen schönen Frühling. Tragt Sorge und bleibt gesund.

1580

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin